Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Geh- und Verkaufsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinserte werden nicht angenommen.

Glück X Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theob. Wagner; Druck: H. Sandmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; sämtlich in Bochum, Wilmshausenstraße 35-42. Telefon-Nr.: 98 und 89. Telegramm-Adresse: Mittelbach Bochum.

Unter wird der Sieg doch sein, trotz alledem!

„Der Streik konnte nur gewonnen werden, wenn die gesamte Belegschaft mitgerissen wurde und wochenlang durchhielt... Tatsächlich hat er auch einige Tage lang fast Hunderttausende mitgerissen; er hätte sich nur behaupten können, wenn er sie dauernd beeinflussen oder einschüchtern konnte. Daher das Ruhen gerade der christlich-sozialen Gewerkschaft und ihrer ultramontanen Führer nach Militär. Es kann nur sehr erwünscht sein, daß dieser Ruf so laut erkörnte. Die ultramontanen Blätter greifen natürlich unsere Stellungnahme an und ihr Gedankengang geht etwa wie folgt: Bisher war niemals Militär nötig, d. h. nicht, wenn auch die Christlich-Sozialen streikten. Wenn aber die Arbeitswilligen (lies die Christlich-Sozialen) Militärschutz verlangen, dann ist das ganz etwas anderes, als wenn die Bechen ihn verlangen. In die richtige Politik übertragen heißt das, wenn die ultramontane Partei Militär verlangt, muß es kommen und sonst nicht. Es bleibt aber wichtig, daß hier die Zentrumspartei einmal mit größter Energie nach Militär verlangt hat bei einem Streik, der — daran halten wir fest — nicht mehr an Einschüchterung und Bedrohung lag, als die meisten großen Bergarbeiterstreiks.“

Mit der Festnagelung der parteipolitischen Gründe des systematischen Streikbruchs hat die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ (Nummer vom 20. März) der mißhandelten Wahrheit die Ehre gegeben und das fluchwürdige Treiben der Ultramontanen gegen die Bergarbeiterinteressen für alle Zeiten gebrandmarkt. Schon drei Tage vorher hatte das als Scharfmacherorgan bekannte Blatt festgestellt, daß die Ultramontanen, nicht die Bechenbesitzer, nach Militär schrien, obgleich sich die aufregenden Meldungen über Straßkrawalle bei der behördlichen Nachprüfung häufig als unwahr oder übertrieben herausgestellt hätten. Wegen ihrer nun verhältnismäßig sachlichen Stellungnahme zum Streik wurde die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ von der ultramontanen Presse (1) angegriffen, von derselben Presse, die 1889 und 1905 den Bechenorganen vorwarf, sie beabsichtigten durch ihr Geschrei nach Militär die Auslandsbewegung blutig niederzuschlagen! Auch das bestätigt die „Rhein.-Westf. Ztg.“. Der nun beendete dritte große Ruhrbergmannsstreik hat also die völlige Verderbnis der ultramontanen Presse aller Welt offenbart.

Die ultramontane-konservative Partei beherrscht heute Deutschland. Das hat nun auch der Ruhrbergmannsstreik bewiesen. Das Militär kam auf Verlangen der Ultramontanen! Alle seitens der ultramontanen Streikbruchorganisatoren und ihrer Presse gegen den Streik vorgebrachten Gründe sind nur Scheingründe. In Wirklichkeit liegt die Sache so: Die Zentrumspartei bildet mit den Konservativen die Regierungspartei und hat darum ihren Agenten im Bergarbeiterlager befohlen, sich unter allen Umständen nicht an dem Streik zu beteiligen!

Nicht die Vertreter der am Streik beteiligten Verbände, sondern die Streikbruchorganisatoren handelten also aus parteipolitischen Gründen. Um das zu verdeutlichen, erheben sie die frechen Verleumdungen, der Streik sei eine „sozialdemokratische Wackprobe“, sei „Nervendie für Bochum“, solle den „christlichen Gewerksvereinen vernichten“. Wer uns von den Streikbruchorganisatoren unterstellt, wir hätten nicht aus rein wirtschaftlichen Gründen den Kampf begonnen, der beweist damit, daß er zu dem gemeingefährlichen Verbrechen, eine solche Arbeitseinstellung zur Förderung parteipolitischer Zwecke zu veranlassen, fähig ist!

Gerade wir haben in der Vorstandskonferenz am 12. Oktober 1911 vorge schlagen, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen die Lohnbewegung bis nach den Wahlen zu verlagern. Wollten die Zimbische das leugnen? Wollten sie leugnen, daß sie 1910, im Oktober 1911 und im Februar 1912 eingeladen worden sind, sich an der Lohnbewegung zu beteiligen, um sie gemeinschaftlich durchzuführen? Wollten die Zimbische leugnen, daß sie es in den Vorstandskonferenzen durch höhnische Lebensarten (s. B.: „Was will das Hirsch-Dummersche Verbändchen?“ usw.) den Vertretern der anderen Organisationen bitter schwer gemacht haben, die Verhandlungen fortzusetzen und daß wir trotzdem, unsere Verbitterung unterdrückend, immer wieder den Versuch machten, eine Verständigung zu erzielen! Obgleich die Vertreter der anderen Organisationen bekräftigten, daß die Zimbische (wie es schon 1910 geschah) von den Vorstandsbepfechtungen den Werksbesitzern Mitteilung machen würden, haben wir die Leute abermals um kameradschaftliches Mitarbeiterer sucht. Sie lehnten es ab, verlangten sogar eisensternig, die drei Verbände mit circa 130 000 Mitgliedern sollten sich dem fügen, was eine Organisation mit angeblich 40—45 000 Mitgliedern für gut finde. Das konnte nicht geschehen. Die Behauptung, wir hätten den Kampf proklamiert, um den Gewerksverein zu „vernichten“, ist also eine ausgemachte Lüge der zum Streikbruch kommandierten und entschlossenen ultramontane-konservativen Arbeiterverräter und wird auch dadurch nicht zur Wahrheit, wenn die Organe der im ultramontane-konservativen Bann liegenden Regierung den Schwundel nachschreiben.

Was in der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ als leider wahrscheinlich angekindigt wurde, das ist eingetroffen. Die am Dienstag, den 19. März, nach Bochum einberufene Revier-Konferenz beschloß, den Streik zu beenden! Die drei Vorstände hatten am Montag, den 18. März, einmütig beschlossen, der Revier-Konferenz die Beendigung des Streiks nicht zu empfehlen, sondern wenigstens noch den Versuch zu machen, durch Vermittlung des Berggewerbeerichts zu einer Einigung mit den Bechenverwaltungen zu kommen. Dann liefen aber am Montag abend von Versammlungsreferenten und Vertrauensleuten wieder sehr ungünstige Nachrichten ein; in der Revier-Konferenz erstatteten Delegierte aus den mittleren und westlichen, teilweise auch aus den nördlichen Bezirken so unerfreuliche Berichte über die sich wendende Zahl der Anfabrenden, daß über das ständige starke Abbröckeln der Anständigen kein Zweifel mehr übrig blieb. Mit welchen heillosen Mitteln die Zahl der Streiker von

Donnerstag ab buchstäblich niederverleumdet, niedergelogen und niedergedrückt worden ist, das ist bereits in der vorigen Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ dargelegt worden. Schon am Dienstag, den 19. März, hatte sich die Streikerganz gegen Donnerstag, den 14. März, um 70 000 vermindert, ein rascher Rückgang war vorausichtlich. Unter diesen Umständen war es die Pflicht der Organisationsvertreter, die Beendigung des Kampfes zu beschließen. In der geheimen Abstimmung stimmten nicht mehr die statutarisch notwendigen drei Viertel der Delegierten für die Fortsetzung des Streiks, womit seine Beendigung beschlossen war.

Mit unbeschreiblichem Grimm im Herzen gegen die elenden Streikbruchorganisatoren haben die Konferenz-Delegierten ihren Beschluß gefaßt; nicht mild aufgeregt wie in der Revier-Konferenz am 9. Februar 1905 in Essen, sondern ruhig überlegend gingen die Vertrauensleute der Kameradschaft zu Werke. Wer sich der Kumulte beim Streikbruch 1905 erinnert, der konnte leicht mit Freuden die seitdem erzielte gewerkschaftliche Schulung erkennen. Auch in den zahlreichen am Dienstag und Mittwoch abgehaltenen Versammlungen kam es wohl vielfach zu lebhaften Protesten gegen die Streikbeendigung, aber die kameradschaftlichen Darlegungen der Gründe bewertestigten überall die Anerkennung des Konferenzbeschlusses. Das beweist eine bedeutend fortgeschrittene gewerkschaftliche Schulung unserer Kameraden, durch die die blutdürstigen Pläne der Arbeiterfeinde zunichte gemacht sind!

Erbittert sind die Kameraden gegen die elenden Streikbruchorganisatoren, deren Verbrechen an der Bergarbeiterschaft zum Himmel schreit. Dieser Streik konnte gewonnen werden, wenn es gelang, die in der ersten Woche ausständigen Hunderttausende zusammenzuhalten! Das schreibt sogar das Essener Bechenorgan. Es bestätigt ja auch, daß die ultramontanen Streikbruchführer sofort nach gewaltsamer Unterdrückung des Streiks geschrien haben, als sie sahen, daß er günstig für die Arbeiter stand!

Nie zuvor war die Zeit so günstig für einen siegreichen Lohnkampf! Er ist kaputt gemacht worden durch die ultramontane Streikbruchorganisation! Jetzt begeben die Streikbruchverbrecher noch die Gemeinheit, die Kämpfer wegen „Kontraktbruch“ zu denunzieren und die Bechen in ihrem Beschluß zu bestärken, allen Streikenden die Kontraktbruchstrafe abzuhalten! Wem über diese Gemeinheit 1905 hat auch eine ganze Anzahl Bechen die Kontraktbruchstrafe rigoros durchgeführt. Aber kein „christlicher“ Gewerksverein hat die Strafe erletzt!! Auch 1905 wurde der Streik unter „Kontraktbruch“ begonnen, seine Proklamation erfolgte durch denselben Herrn Effert — der heute den „Kontraktbruch“ als ein strafwürdiges Verbrechen hinstellt; in der ultramontanen Presse werden schamlos die Bechenverwaltungen zu rücksichtslosem Vorgehen gereizt. 1905 hatte die Gewerksvereinskasse nicht einmal so viel Geld, um auch nur eine Woche die Hälfte der statutarischen Streikunterstützung auszus zahlen. Der Verband mußte 1905 sogar die Gewerksvereinsmitglieder mit unterstützen! Der Gewerksverein hatte kein Geld, die reichen Zentrumsbungen hielten die Taschen zu!

1905 gab es beispiellos leidenschaftliche Stürme in den meisten Versammlungen, wo der Streikabbruch verkündet wurde. In einer ganzen Reihe von Orten wurde mit unbeschreiblicher Erbitterung beschlossen, der „Siebenerkommission“ (deren Vorsitzender Effert war) nicht zu folgen, sie habe die „Bergleute verraten“. Der Herr Effert zog sich in Essen, nach Schluß der Revierkonferenz (9. Februar 1905) vor der aufgeregten Menge schleunigst in das obere Stockwerk des Restaurants van de Zoo zurück! Nachher schrieb die ultramontane Presse, die Verbandsführer hätten Polizeischutz anrufen müssen, eine Lüge, die der Streikbrecherführer Behrens nun wieder frech im Reichstag vorgebracht hat. Die wilden Szenen von 1905 hätte die Streikbruchpresse nun auch so gerne wiederholt gesehen, daher auch ihre verbrecherische Gehe. Aber sie haben sich gründlich verrechnet!

Noch niemals ist ein großer Streik so geschlossen und ruhig von den durch eine ruhmlose Streikbruchhege um den sicheren Erfolg gebrachten Kämpfern beendet worden wie der Streik der Ruhrbergleute im März 1912! An keinem Ort Ruhestörungen, an keinem Ort auch nur der geringste Anlaß zum „polizeilichen Einschreiten“! Auch keine Mutlosigkeit der ausdauernden Kämpfer, erhobenen Hauptes gingen sie zur Beche, als aufrechte Männer, die die Ehre der Bergarbeiterschaft gewahrt haben, allen Drohungen, allen Verleumdungen, allen Ausfällen auf Entbehrungen zum Trotz! Das sind die Männer, auf deren Charakterstärke auch die Bechenherren mit Achtung blicken. Den Judaslohn können diese Tapferen gern den, die ihn verdient haben!

Dieser Streik, so liegen die Streikbruchorganisatoren in ihrer schamlosen Presse, sei „gegen alle gewerkschaftlichen Grundsätze“ begonnen worden. Man bekommt Erbrechungsgefühle, wenn jene Burichen von „gewerkschaftlichen Grundsätzen“ schreiben. Ihr „gewerkschaftlicher Grundsatz“ ist ja der frivolle Streikbruch!

Warum sollen die „gewerkschaftlichen Grundsätze“ verlegt sein? Erst-mal der „Kontraktbruch“ — er wurde auch 1905 begangen, als der Herr Effert in der Streikführung sah! Damals hat die Zentrumspreffe den „Kontraktbruch“ bei solchen Massentreifs entschuldigt. Dann sollen „zu große Kohlenlager“ vorhanden gewesen sein; die „Rhein.-Westf. Ztg.“ meint, weil die Streikleiter dies wohl nicht beachtet hätten, könne man an ihrer Befähigung zweifeln. Wir fragen dagegen: Wann sind denn keine großen Kohlenlager vorhanden? Sie sind stets da, weil die Bechen in der Regel an Überförderung leiden. Sie waren 1905 — war damals eine viel reichere

Konjunktur wie heute, und trotzdem proklamierte Effert den Generalstreik, wessen er sich später oft rühmtel! Von den Kohlenlagern ist auch in der Vorstandskonferenz am 12. Oktober 1911 eingehend gesprochen worden, ihre Bedeutung für die Aussichten einer Lohnbewegung wurde gehörig gewürdigt. Dennoch erklärten damals auch die Vertreter des „christlichen“ Gewerksvereins, wenn es in England „zum Klappen“ käme, dann würde auch die Sachlage zugunsten einer Lohnbewegung im Ruhrgebiet bedeutend geändert — trotz der Kohlenlager! Und die „Rhein.-Westf. Ztg.“ sagt ja selbst, wenn die Hunderttausende wochenlang durchgehalten hätten, dann wäre der Streik gewonnen worden. Also hätten die Kohlenlager den Sieg der Arbeiterschaft diesmal nicht verhindert, wenn nicht die ruhmlosen Streikbruchhege und das hergeschickte Massenangebot von Vollzisten, Bundesarmen und Soldaten in Aktion getreten wäre. Diesmal war die Konjunktur einem erfolgreichen Lohnkampf so günstig wie nie zuvor!

Aber die Organisation sei zu schwach, die Massen seien nicht genügend gefüllt gewesen, heißt es weiter. Wie war es denn 1905? Damals waren etwa 100 000 Ruhrbergleute organisiert. Der größte Teil der Organisierten war aber erst kurze Zeit für die Gewerkschaft geschult worden, was sich ja bei dem stürmischen Streikabbruch gezeigt hat. Jetzt verfügen die drei Verbände über circa 130 000 Mitglieder, zum größten Teil erprobte Kämpfer von 1905 her. Die gewerkschaftliche Schulung ist heute bedeutend besser wie 1905, das ist bewiesen worden. 1905 betrug das Vermögen der vier Verbände zusammen nur oben eine Million Mark. Jetzt betrug das Vermögen der drei Verbände beim Kampfbeginn über vier Millionen Mark! Wenn diesmal die Streikproklamation eine „un-gewerkschaftliche“ gewesen sein soll, dann war die Generalstreikproklamation 1905 durch Herrn Effert ein Verbrechen!!!

Beispiellos hat fast die ganze bürgerliche Presse die Streikenden beschimpft und eingeschüchert. Nur einige wenige Zeitungen besaßen Gerechtigkeitsgefühl für die kämpfenden Bergleute. Die große „Frankfurter Zeitung“ trifft den Nagel auf den Kopf, indem sie: (Ausgabe vom 20. März) den Streikbruchverbrechern ins Gesicht schleudert:

„Was diesen Streik kaputt gemacht hat, das ist die Uneinigkeit der Bergarbeiter, oder genauer: die Haltung des christlichen Gewerksvereins. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Streik einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn sich die Christlichen nicht abseits gehalten hätten. Auf dem christlichen Gewerksverein liegt die Verantwortung für den Ausgang dieser Lohnbewegung, insbesondere auf seinen Führern, die den Gewerksverein eine Politik befolgen ließen, die keine Gewerkschaftspolitik ist.“

Die Mitglieder-schulung, die finanziellen Kampfmittel, vor allen Dingen die wirtschaftliche Lage war diesmal bedeutend besser als 1905 — und diesmal wäre der Arbeitersieg errungen worden, wenn die ultramontanen Streikbruchführer nur einen Funken von Schamgefühl besessen hätten! Das Schandmal steht fest für alle Zeiten!

Die schweren Opfer sind nicht umsonst gebracht. Das Verbrechen der ultramontanen Streikbruchorganisatoren wird sich sicher an diesen Daben rächen, wenn sie auch heute eine teufelisches Triumphgeschrei über ihren gelungenen Verrat anstimmten. Der Streik ist dennoch nicht verloren! Das erkennt die den Arbeitern wohlgesinnte Presse rüchhaltlos an. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt es geradeaus:

„Wir sagten schon, daß der Streik dennoch, unter einem höheren Gesichtspunkte, nicht verloren ist, und wir wiederholen es. Mit der größten Kaltblütigkeit sprechen wir es aus, daß unseren Bergarbeitern gar nichts anderes übrig bleibt, als einen Streik, gleichviel, wie er ausgeht, zu führen, um die Bergherren darauf aufmerksam zu machen, daß auch die Arbeiter da sind und ihren natürlichen Anspruch auf Mitbestimmung bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erheben. Heute, wo es in der Natur der Dinge liegt, daß es sich neben konkreten Forderungen immer um eine Demonstration für die Gleichberechtigung der Arbeiter handelt, kann ein deutscher Bergarbeiterstreik überhaupt nicht ganz verloren gehen.“

Das schreibt sogar ein großes bürgerliches Blatt. Unsere Kameraden wissen, die Arbeiterbewegung überall, auch in England, wo heute die stark organisierten Bergleute siegreich sind, durch Niederlagen zum Siege der gerechten Sache schreitet!

Die Zechengewaltigen lassen den freiheitliebenden Kämpfern jetzt die Rache der Herrmenschen fühlen. Die Verräter schmelzen deswegen in Ausbrüchen ihrer gemeinen Gefinnung. Jetzt zeigen sie sich erst schamlos. Das bringt aber auch volle Klarheit in die Köpfe! Auch das ist ein großer Gewinn des Kampfes. Unsere Kameraden jehen dem Verrätertreiben mit Ekel zu. Aber in den zahlreichen Bezirkskonferenzen im Ruhrgebiet am Sonntag, den 24. März, haben sich die Verbandskameraden erbittert gelobt, nun alles daran zu setzen, um den schwarzgelben Streikbruchorganisatoren gründlich die Suppe zu verfalzen. Vergeltlich ist ihre Schandtat! Klüder und Kindesfinder werden diese schändlichen Daben verfluchen lernen!

Die Frühlingsstürme bräusen durch die Lande! Doch unter Sturm und Brausen feimt still die grüne Saat! Sie zwingen uns nicht! Der Bergarbeiter wird nicht triumphieren; die Gerechtigkeitsdring auch durch den dichten Verleumdungsnebel überwindet auch die härtesten feindlichen Bolwerke. Unter wird der Sieg doch sein, trotz alledem!

Er ist ja gar nicht dorthin! Na, wo steht er denn? (Sehr gut! bei den Soz.) Im Oktober 1911, als die vier Verbände noch zusammen-

gingen, war Herr Effert dabei und hat gesagt: "Jetzt machen wir allerdings nicht mit; aber wenn es nach den

Stürmischen hört, hört! bei den Soz.) Das hat Effert erklärt und deshalb ist er jetzt in den Winkel

gesteckt worden. Sie sehen, daß auch in Ihren Kreisen keine Einigkeit über die Taktik herrscht. Welche eigenartige Ansichten ein christlicher

Arbeiterführer haben kann, beweist ein Herr Thiele, der am vorigen Sonntag in Vorbes in einer Versammlung öffentlich erklärte:

"Was ist denn dabei, wenn mir Herr Stinnes hundert Taler gibt. Ich würde sie gern nehmen, denn ich kann sie gut gebrauchen." Dieser

gehört doch eigentlich nicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Auforderungen der christlichen Mitglieder und der "Adnischen Volks-

zeitung" haben geholfen und Willstät ist in Dortmund eingedrückt. (Stürmische hört, hört! bei den Soz.) Sehr gut! rechts.) Außerdem

sind Polizisten und Gendarmen zu Tausenden zusammengezogen worden. (Zuruf im Zentrum: Sie sind schuld daran!) Nein, Sie mit Ihren

Provokationen! (Weiß! bei den Soz.) Die armen Gemeinden, die den Schaden zu tragen haben werden, sollten sich die Unkosten vom

christlichen Gewerbeverein bezahlen lassen. Der Kampf gegen die Besenherren wird von einem Dreifund

der Bergarbeiter geführt. Die Arbeiter sind stolz darauf, daß sie diesen Kampf führen dürfen. Ein anderer Dreifund steht uns gegenüber:

Polizei, Scharfmacher und der christliche Gewerbeverein. Ich überlasse das Urteil der Öffentlichkeit, auf welcher Seite das Recht zu suchen ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

In der bürgerlichen Presse ist behauptet worden, mein Freund H u e wäre uneingeladen zu der Konferenz beim Staatssekretär Delbrück

erschienen und eigentlich hätte ihm die Türe geöffnet werden müssen. (Abg. Behrens: Sehr richtig.) Sehr unrichtig, Herr Behrens, bleiben

Sie doch bei der Wahrheit. (Zuruf bei den Soz.: Das kann er ja gar nicht! - Heitere Zustimmung.) H u e hatte an diesem Tage in

Berlin an einer Sitzung teilzunehmen, und als ich zur Konferenz ging, war Staatssekretär Delbrück noch nicht anwesend, sondern nur

Unterstaatssekretär Richter und Oberberghauptmann v. Weissen. Ich habe diese Herren gefragt, ob etwas dagegen einzuwenden wäre, wenn

Kollege H u e der Konferenz beizuohnte. Unterstaatssekretär Richter erwiderte: "Aber bitte, er mag nur kommen!", und der Oberberghauptmann sagte: "Holen Sie ihn nur gleich, er ist ja mein Land-

wahrheit!" (Heiterkeit und Hört, hört! bei den Soz.) So steht es in Wahrheit mit diesem Mädchen.

Der Staatssekretär hat gemeint, wegen der Löhne sei der Streik nicht notwendig gewesen. Wenn wirklich die Löhne erhöht werden

sollten, warum sind denn dann die fiskalischen Besen nicht vorangegangen? (Sehr gut! bei den Soz.) Aber die fiskalischen Besen

haben die Arbeiterauschüsse genau so behandelt, wie die Privataktionen. Nun zu den Schauerndritten der Zentrumspresse, des "Berliner

Sozial-Anzeigers" und von Wolffs telegraphischem Bureau. Am 12. März, als die Zentrums-Interpellation bereits eingebracht war,

wenn das Streikpostenstehen unmöglich gemacht, wenn die Streikbrecher in einer Weise geschäft werden, daß sie nicht einmal aufgelöst werden können darüber, daß Streik ist, daß dann das Koalitionsrecht so gut wie

Wurzeln gemacht wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zu dem scharfmacherischen Antrag im Herrenhause hat auch der Vorsitzende des

Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

und die wir in letzter Zeit zum Heberbrück von den Christengeneralen gehört haben und verlangte, daß die Regierung alle Nachmittel des

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

Dr. Böcherer (nationalliberal) beklümmerte die christlichen Arbeiter ebenfalls zu ihrer charaktervollen Haltung und forderte eine

Handelsminister v. S h o w (Sitz in die Besen Reihe und behauptete zudem, die Besen seien eingeklinkt gar nicht in der Lage, eine lypoz-

genteilige Lohnerhöhung zu bewilligen. Das gleiche (Sitz ja auch der "Bergkappe" in Nr. 8 von 1911.

(Stürmische Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Obwohl wir kein Faible für die Arbeitswilligen haben, wollen wir, daß sie geschäft werden. Aber die Beamten, vor allem die Vorgesetzten, dürfen nicht nervös werden. Man glaube doch nicht alle Zaren-

Es wird immer gesagt, und auch gestern im Herrenhause wieder, wir hätten den Streik aus politischen Motiven eingeleitet. Eine solche

Wir sind keine rohe, verwilderte Schar, Wir wollen nur menschliche Rechte; Wir krümmen keinem Kinde ein Saar, Doch sind wir auch klar zum Gesichte, Zum Kampfe für unser gutes Recht, Ein Freier zu sein, doch kein fürger Knecht!"

Man kann nicht sagen, daß die Bergarbeiter etwas Unbilliges verlangen. Höchstens die Fülle der Forderungen auf einmal könnte gewisse Bedenken erregen. Doch wiederholter Zurufe ist gestern der Staatssekretär nicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise bei der Verlesung seiner Lohnzahlen eingegangen. Es ist durchaus verständlich, wenn die Vergleiche auch dafür eine Lohnsteigerung verlangen. (Beifall links.) Nun sagt man, die Besen könnten die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen aus Gründen der Rentabilität. Damit kommt man aber nicht weiter. In solchen Fällen muß gehandelt werden. Die Arbeiter werden auf den 15 Prozent nicht bestehen, sondern mit sich reden lassen. Sie werden auch mit 10 Prozent zufrieden sein und das läßt sich bei unserem Dezimalarithmetik ja auch sehr leicht berechnen. (Heiterkeit.) Eine Verkürzung der Schichtzeit, gegen die auch Rentabilitätsgründe sprechen sollen, bedeutet noch lange nicht auch eine Verkürzung der Arbeitsleistung. Der Bergarbeiter kann acht Stunden nicht hintereinander arbeiten, sondern muß Ruhepausen einlegen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen im Gegenteil bei verkürzter Schichtzeit eine Erhöhung der Förderung. Die Besenherren sagen, wir könnten bei Erfüllung der Bergarbeiterforderungen auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzieren. Nur nicht solche Schauerndritten! So gefährlich ist die Sache wirklich nicht. Die Abschaffung der Heberbrücken hatten wir für durchaus gerechtfertigt, dadurch wird die allgemeine Leistungs-fähigkeit herabgedrückt. Der Mensch ist eben keine Maschine und kann nicht dauernd tätig sein.

Der Staatssekretär hat die Lohnsätze vorgelesen. Seine Zahlen bekräftigen aber ebenfalls, daß die Löhne von 1907 bis 1909 um mehr als 200 Mark gesunken sind. Ja, es geht aus ihnen hervor, daß die Dauer-Jahreslöhne in Westfalen 1909: 815 Mark geringer waren als 1907. (Hört, hört! bei den Soz.) In einer ganzen Reihe Besen ist 1911 die Arbeitsleistung bedeutend höher gewesen als 1908 und 1909, so daß schon aus diesem Grunde die Arbeiter mehr verdienen müßten. Die Feuerung hat der Staatssekretär unbilligstigig gelassen. Dabei beweisen Listen, die vom Konsumverein der Stuppischen Werke herausgegeben sind, daß die Lebensmittelpreise 1910 um 14,2 Prozent teurer waren, als 1907. Die Vergarbeiterlöhne sind dabei in derselben Zeit um 16 bis 18 Prozent gesunken. Also auf der einen Seite Lohnsteigerungen, auf der anderen Lebensmittelerhöhungen, und dazu kommen dann die ungeheuren Heberbrücken der Besen. Der Gesamtüberschub der 24 grünen Besen betrug 1910: 163 1/2 Millionen Mark, 1911: 182 1/2 Millionen Mark. Das war bei denselben Kohlenpreisen möglich und trotz geringen Anstiegs der Löhne. (Hört, hört! bei den Soz.) Am 1. April steigen die Kohlenpreise von neuem, daher können die 15 Proz. Lohnerhöhung ganz gut gewährt werden, wenn die Herren nur wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei den Arbeiterermahnungen verlangt man eine einmonatige Kündigung, damit der Arbeiter nicht ohne weiteres mit Familie auf die Straße geschickt werden kann. Das ist eine sehr berechtigte Forderung, die der Reichstag schon früher mit großer Mehrheit erhoben hat. Auch das Verlangen, daß die Arbeiter in den Besenwohnungen Sozialreue ihrer Zeitung, Abgabe ihrer Organisation empfangen dürfen, ist ganz selbstverständlich. Ihnen das zu verbieten, bedeutet eine ganz unwürdige Bevormundung erwachsener Menschen, die dem Grubenbesitzer doch nichts als ihre Arbeitskraft verkauft haben. (Sehr gut! links.) Eine unbedingt notwendige Forderung ist weiter die Umwandlung des einseitigen Arbeitsnachweises der Besenbesitzer in einen paritätischen Nachweis. Wie ein einseitiger Nachweis ausgenutzt wird zur Verbeistaltung eines modernen Sklaventums, hat Herr S a s s e uns ja gestern wieder an trassen Beispielen gezeigt. Diese Forderung sollte bald erfüllt werden, ebenso wie die Befreiung des jetzigen Strafumsatzes. Verständlich ist auch die Forderung nach einem paritätischen Schiedsgericht. All das sind Sachen, über die sich verhandeln lassen müßte und die auch den Besen so gut wie keine Kosten aufzulegen. Aber es sind eben lauter Eingriffe in das Herrschaftsrecht der Unternehmer, auf das sie bewaehnter Weise bestehen. Ich komme nun darauf, daß man diese Forderung durch den Streik zu erzwingen sucht. Den Kontraktbruch, unter dem der Streik begonnen ist, werden wir sicher alle bedauern. Freilich ist eine Kündigung durch den einzelnen Arbeiter nicht leicht durchführbar; es müßte eine Instanz geben, die berechtigt ist, eine gemeinsame Kündigung vorzunehmen. Im Auslande ist das, z. B. in England, Sache der Organisation. Man sollte bei uns eine Kollektivkündigung durch Beauftragte gesetzlich einführen. Für Einzelheiten ist der Arbeiterausschuß zuständig, in großen, allgemeinen Fragen aber die Organisation. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich halte den Tarifvertrag auch im Vergleich für die meisten Arbeiter für durchaus möglich. Die Einführung des Minimumlohn im Bergbau ist gar nicht so etwas Utopisches. Im Baugewerbe, im Buchdruckgewerbe ist der Mindestlohn eingeführt und die Konservativen verlangen ja selbst im 100q für die Handwerker etwas ganz Ähnliches. (Sehr richtig! links.) Auch im Bergbau werden, wie gesagt, Tarifverträge möglich sein, wenn nur der gute Wille zum Verhandeln da wäre. Aber daran fehlt es ja eben; die Grubenbesitzer fühlen sich als Herren, die nicht verhandeln, sondern dekretieren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die von ihnen schließlich gegebenen Versprechungen genügt bei der jetzigen Situation nicht mehr. Versprechen kann jeder, hier mußte eine greifbare, bestimmte Zusage gegeben werden. (Sehr richtig! links.) Der Staatssekretär meint, die Zeit zur Vermittlung sei noch nicht reif gewesen. Ich finde, es war eher schon zu spät. (Sehr richtig!) Die richtige Zeit zur Vermittlung wäre der Moment gewesen, als die Forderungen abgelehnt wurden. Aber man hat bei uns kein Verständnis für die Volkshygie. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hätte man beiseiten eingegriffen, ehe die Erregung unter den Vergleuten soweit gestiegen war, hätte der Streik sicher vermieden werden können. Wenn der Staatssekretär den nötigen ersten Druck ausgeübt hätte, wären die Vergleuten und ihre Organisationen sehr wohl zu Verhandlungen zu veranlassen gewesen. (Sehr richtig! links.) Hier zeigt sich der Mangel an einer geschickten Vertretung der Arbeiter in Arbeitskammern. Im übrigen ist es niemals zu spät, solche Verhandlungen herbeizuführen. Bewußt, man kann sich ja auf den Standpunkt stellen, daß der Streik ohnehin zusammenbrechen wird. Aber das ist kein staatsmännischer Standpunkt, sondern entspringt mehr dem Druck der Scharfmacher im Herrenhause. (Sehr richtig! links.) Auch die berühmte Geheimkonferenz im Palais-Hotel hat an das Herrenhaus appelliert. (Hört, hört! links.) Gewiß haben wir auch sozial denkende Männer als preussische Handelsminister gehabt. Aber das waren epimäre Erscheinungen. Der ruhende Pol in der Erscheinungen flucht ist die Bergversteigerung im Handelsministerium, die als größte Arbeitgeberin möglichst viel aus den fiskalischen Besen herauswirtschaften will. Herr Delbrück konnte gestern die Eigenschaften des früheren preussischen Handelsministers nicht abstreifen. Besonders der Schluß seiner Rede mußte bei den Arbeitern Mißtrauen hervorgerufen. (Sehr richtig! links.) Aber die preussischen Handelsminister waren noch immer besser als das Abgeordnetenhaus oder gar das Herrenhaus. Selbst nach der beschriebenen Vorlage von 1909 wurde von den Besenherren dem damaligen Handelsminister vorgeworfen, daß er Arm in Arm mit der Sozialdemokratie marschiere. (Hört, hört! links.) Handelsminister war damals Herr Delbrück. (Heiterkeit.) Es wurde ihm im Palais-Hotel nachgesagt, daß er ein scharfer Gegner des damaligen Staatssekretärs v. Bethmann Hollweg war. (Große Heiterkeit.) Der Vorsitzende aber stellte fest, daß Herr Delbrück der beste Mann sei, den die Herren seit Bismarck gehabt hätten. (Hört, hört! links.)

dem gegenwärtigen Streik steht uns das Ziel der Gleichberechtigung...

Sollt man (Hole) erklären, daß es sich um keinen Sympathiestreik...

Wozu in (Reichspartei) bewegt sich im Jahre 1912 der Christenführer...

Dehrens, Generalsekretär des Zentrumsgewerksvereins, führt...

Auf die Anfrage des Vorredners erwiderte ich, daß die preussische...

Dr. Erdmann (Sozialdemokrat, Dortmund) hielt den Zentrums...

Werner (Antikrist) schließt sich den Dankungen der Schärfer...

Wesbers führte den gleichen Vortrag auf, wie die Christenführer...

Es sprachen dann noch Sailer (Noll), Sedwiger (Volkspartei),...

Unser Kamerad Sachse führte dann noch aus:

Wir werden heute von Arbeitgebern mit es im Jahre 1912 zu tun...

Den Christenführern bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge...

Den Christenführern bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge...

Den Christenführern bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge...

Den Christenführern bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge...

Den Christenführern bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge...

Den Christenführern bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge...

Den Christenführern bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge...

Den Christenführern bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge...

Den Christenführern bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge...

ankündete, er sei nur die „rote Gesellschaft“, die ihn ständig verächte...

Zur weiteren Verständigung der Kassensmitglieder über Zahlung...

Die Verurteilung des Bergarbeiters Hlmann in Nieder-Wärtsch...

Der Bergarbeiter Wundermann aus Nieder-Wärtsch hatte sich...

Die Verurteilung des Bergarbeiters Schenk aus Lügau gegen...

ermessen, welche „schwere“ Aufgabe ihnen obliegt. Nach Scherer ist...

Table with 3 columns: Name, 1912, 1908. Lists names like Karl Fürstberg, Kommerzienrat Louis Hagen, etc.

An der Spitze stand im Jahre 1903 Karl Fürstberg von der...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Landfriedensbruch und Terrorismus.“

Just zur selben Stunde, wo die Zentrumsgewerkschaftler und ihre...

Die Anfrage lautete auf Zusammenrottung, um mit vereinten...

Auf dem Wege zur Einheitsorganisation.

Die „Schmiedezitung“ veröffentlicht die Vorschläge des Vorstandes...

Der Vorstand hat sich davor entschieden eingehend mit der ganzen...

Die Entscheidung steht nunmehr bei den Mitarbeitern resp. dem...

Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen im Jahre 1911.

Der Vorstand des Lagerhalterverbandes veröffentlicht seinen...

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat.

Nach dem Bericht des Kohlenyndikats betrug der rechnungsmäßige...

Table with 3 columns: February 1912, January 1912, February 1911. Rows for a) Kohle, b) Holz, c) Bricketts.

Zu dem von ihm veröffentlichten Februarmaterial macht das...

Aufsichtsräte

sind bekanntlich „bischepplage“ Leute. Ihre Hauptaufgabe besteht...

Aus den Bergschiedsgerichten.

Schiedsgericht Leisnig, vom 13. März.

Vorsitzender: Bergamtsdirektor Dr. Krug aus Freiberg; Beisitzer...

gewährt. An der Sitzung mußte der Verband...

Das Verbandsvorstand betrug am Jahresabschluss 73 000 Mt. Auf...

Die Vorstände des Verbandes der Lagerhalter und der Handlungs-

1. In den Verbandsvorstand muß mindestens ein Lagerhalter ge-

2. Die beiden Beamten des Lagerhalterverbandes werden unter

3. Die „Lagerhalter-Zeitung“ wird als Beiblatt der „Handlungs-

4. Die Mitglieder des Lagerhalterverbandes erhalten nach dem

5. Die Mitglieder des Lagerhalterverbandes gilt die im § 62 vorgeschriebene

6. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

Die in Statutenentwürfen des Handlungsgehilfenverbandes vor-

7. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

8. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

9. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

10. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

11. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

12. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

13. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

14. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

15. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

16. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

17. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

18. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

19. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

20. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

21. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

22. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

23. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

24. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

25. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

26. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

27. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

28. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

29. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

30. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

31. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

32. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

33. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

34. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

35. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

36. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

37. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

38. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

39. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

40. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

41. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

42. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

43. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

44. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

45. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

46. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

47. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

48. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

49. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

50. Die Versammlung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912

nimallohnhaft verloren hat; auch sollen die Bestimmungen über die

(3) Die Bestimmungen dieses Absatzes über die Vergütung eines

II. (1.) Minimallohnsätze und Distriktsstatuten, von denen in

(2) Das Handelsministerium kann als gemeinschaftliches Distrikts-

(3) Das gemeinschaftliche Distriktsamt eines Distrikts soll einen

(4) Im einen Minimallohnhaft festzusetzen, kann das gemein-

(5) Im Distriktsstatuten festzusetzen, können irgendwelche ge-

(6) nach Ablauf eines Jahres seit der letzten Fortsetzung oder

III. (1.) Irgendein Minimallohnhaft oder irgendwelche Distrikts-

(2) Das gemeinschaftliche Distriktsamt eines Distrikts soll die

(a) zu irgendeiner Zeit durch Abereinkommen zwischen den Mit-

(b) nach Ablauf eines Jahres seit der letzten Fortsetzung oder

IV. (1.) Wenn zwei Wochen nach der Annahme dieses Gesetzes

(2) Wenn es das gemeinschaftliche Distriktsamt für irgendeinen

Wenn aber die Mitglieder des gemeinschaftlichen Distriktsamts,

V. (1.) In diesem Gesetz —

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(2) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

(3) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(4) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

(5) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(6) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

(7) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(8) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

(9) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(10) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

(11) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(12) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

(13) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(14) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

(15) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(16) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

(17) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(18) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

(19) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

(20) Wenn bei der Ernennung eines Vorsitzenden unter diesem

bedeutet der Ausdruck „Kohlenbergwerk“ eine Grube mit flözartig

bedeutet der Ausdruck „Arbeiter“ irgendeine unterirdisch in einem

Wahrsheit entstehen, als der Vorsitzende unter diesem Gesetz be-

VI. (1.) Dieses Gesetz kann als das Kohlenbergwerksgesetz (1911)

(2) Dieses Gesetz soll drei Jahre vom Datum seiner Annahme

Es folgt dann eine Liste der 21 Distrikte, in denen gemeinschaft-

Die nationale Konferenz der Bergarbeiterföderation nahm am

Wittwoch Stellung zu der obigen Vorlage. Sie nahm zwei sehr wichtige

1. „Wir (d. h. der Vorstand) raten der Konferenz, der Erklärung

2. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

3. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

4. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

5. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

6. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

7. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

8. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

9. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

10. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

11. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

12. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

13. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

14. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

15. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

16. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

17. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

18. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

19. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

20. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

21. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

22. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

23. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

24. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

25. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

26. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

27. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

28. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

29. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

30. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

31. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

32. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

33. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

34. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

35. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

36. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

37. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

38. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

39. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

40. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

41. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

42. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

43. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

44. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

45. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

46. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

47. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

48. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

49. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

50. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

51. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Mini-

Internationale Mundschau.

Der Generalfreist und die Minimallohnvorlage.

London, 20. März 1912.

Der Zusammenbruch der gemeinschaftlichen Konferenz der letzten

„Minimallohn für Untertagsarbeiter in Kohlenbergwerken.“

I. (1.) Es soll eine stillschweigende Voraussetzung eines jeden

(2) Die Distriktsstatuten sollen für den Distrikt, für den sie

(3) Die Distriktsstatuten sollen auch Bestimmungen über die Ent-

(4) Die Distriktsstatuten sollen auch Bestimmungen über die Ent-

Essener Polizei im Dienste des Zehnerverbandes.

Am 15. März hatte sich der Redakteur des Bochumer „Volk-

ermöglicht worden seien dadurch, daß der Zeichenverband in den Besitz der Abonnentenliste des „Christlichen Arbeitervereins“ gelangt sei, und zwar sei der Zeichenverband aller Wahrscheinlichkeit nach in den Besitz dieser Liste auf irgendeine Weise mit postalischer Hilfe gelangt. Für diese Vermutung wurden eine Reihe gravierender Verdachtsmomente angeführt. U. a. war in dem Artikel gesagt, daß die Mitglieder des Steigerverbandes von ganz bestimmten Postbezirken wegen ihrer Mitgliedschaft resp. Abonnements fast gleichgültig von ihren Betriebsführern bzw. Direktoren zur Rede gestellt worden seien.

Das „Volksblatt“ hatte nach Übergabe dieses Artikels seiner Vermutung dahin Ausdruck gegeben, daß die Postverwaltung selbst verständlich den Verdacht, daß der Zeichenverband nicht irgendwie geheimer postalischer Hilfe in den Besitz des Namensverzeichnis gelangt sei, weil von sich wolle lassen. Es wurde dabei an die Debatten im Reichstage über den Bruch des Briefgeheimnisses in ausnahmsweise besonderer Zeit, wie auch in jüngerer Zeit (Wahlprüfung der ruffischen Emigranten in Berlin) erinnert. Zum Schluß wurde in dem Kommentar des „Volksblatts“ der Erwartung Ausdruck gegeben, daß bei der eminent öffentlichen Bedeutung der Sache vollste Klärung bringen und insoweit wertvoll sei über die Frage, ob wirklich bei der Angelegenheit postalische Infiltrationen mit im Spiele gewesen seien. — Der Strafverfolgung war vom Staatssekretär des Reichspostamts gestillt und schloß sich hauptsächlich auf den Kommentar des „Volksblatts“. Der Angeklagte, der von den Rechtsanwälten Frank I. Dortmund und Dr. Levi-Essen verteidigt wurde, trat den Wahrheitsbeweis im vollen Umfang an. Soweit es sich um die im Reichstage zur Sprache gebrachten Fälle vom Bruch des Briefgeheimnisses handelte, beantragte die Verteidigung die Vernehmung der Rechtsanwälte Passer und Dr. Heilmann-Verein. Der Staatsanwalt wollte sich gegen diesen Antrag, da es dem Staatssekretär des Reichspostamts zweifellos nur auf die auf den Steigerverband bezüglichen Behauptungen ankomme, eine Behauptung, die übrigens alsbald durch die Verlesung des Strafvertrags ad absurdum geführt würde. Das Gericht beschloß in einem späteren Stadium der Verhandlungen, die Ladung der beiden Rechtsanwälte abzulehnen, da es die in dem Wissen dieser Zeugen gestellten Tatsachen als wahr unterstellte (1).

Die Beweisaufnahme brachte eine beachtende Anklage gegen die politische Polizei in Essen und den Zeichenverband zutage. Der Polizeikommissar Hansch von Essen mußte als erster Zeuge ausgeben, daß die politische Polizei in Essen die Adressen der Mitglieder des Steigerverbandes ermittelt und dem Zeichenverband zur Verfügung gestellt hat. Er bestritt lediglich, daß die Ermittlung mit postalischer Hilfe geschehen sei. Auf die Frage des Verteidigers Frank I., mit welcher Hilfe nun die Adressen ermittelt worden seien, erwiderte der Zeuge, daß er dafür keine Genehmigung habe auszusagen. Der Verteidiger beantragte darauf, beim Polizeipräsidenten in Essen die Erwidlung der erteilten Ausfahrgenehmigung einzuholen, gegen welchen Antrag der Staatsanwalt sich wendete und der auch gegen Ende der Verhandlung vom Gericht abgelehnt wurde. — Zeuge Vergraffor Kraß vom Bureau des Zeichenverbandes gibt zu, daß er auf Wunsch von der politischen Polizei das Verzeichnis bekommen hat. Es seien mehrere Hundert Namen gewesen. Auf Anfragen des Verteidigers Frank I. mußte Zeuge weiter zugeben, daß der Herr, demgegenüber er den Wunsch ausgesprochen hat, der Polizeikommissar Hansch gewesen sei (1). Auf weiteres Befragen des Staatsanwalts Frank I., wie er zu dem Wunsch nach dem Mitgliederverzeichnis gekommen sei, erklärte der Zeuge Kleinlaut, daß dem Zeichenverband etwas daran lag, die Namen zu erreichen, sei doch nahelegend. Die Frage des Verteidigers, ob der Zeichenverband Selbst für die Beschaffung der Liste ausgegeben habe, will Zeuge zunächst nicht beantworten. Schließlich bejaht er die Frage. Als der Verteidiger weiter fragt, wieviel, will Zeuge wieder nicht mit der Sprache heraus. Verteidiger und Vorsitzender beschreiben darauf den Zeugen wohlwollend, daß, wenn er sich etwa strafbar gemacht habe, indem er einen Beamten bestochen habe, die Aussage zu verweigern könne. Zeuge gibt dann schließlich an, daß einige hundert Mark zu Händen des Polizeikommissars Hansch an Auslagen für die gehaltenen Bemühungen zurückgezahlt worden seien, nachdem er diesen über die entstandenen Kosten gefragt hatte. Die Frage des Verteidigers Levi, ob er die Liste noch habe, beantwortet Zeuge ausweichend, journalistisch sei sie jedenfalls nicht. Darauf beantragt der Verteidiger, die Liste herbeizuschaffen, welchen Antrag der Verteidiger Frank I. dahin erweitert, die Polizeiverwaltung in Essen zu ersuchen, einen Beamten zu beauftragen, die Liste auf dem Bureau des Zeichenverbandes zu fordern. Die Verschlußfassung über diesen Antrag wurde ausgesetzt, nachdem der Staatsanwalt sich gegen ihn ausgesprochen hatte.

Der Zeuge Kriminalhauptmann Simons verwickelt sich bei Beantwortung der Frage, nach welchem System die von ihm angeblich zusammengestellte Liste aufgestellt worden sei, ob nach Postbezirken oder nach dem Wohnort der Steiger oder nach Zeichen, in einen Knäuel von Widersprüchen. Zeuge Betriebsführer Kellermann von der Guten Hoffnungshütte bekundet, daß Vergraffor Kraß ihn gelegentlich gefragt, ob er wissen wolle, wer von den Steigern genannten Werkes dem Steigerverband angehört. Er habe diese Frage bejaht und Kraß habe ihm dann die Namen gesagt. Er habe darauf die betreffenden Steiger zur Rede gestellt und ihnen gesagt, daß das nicht angängig sei. Zeuge Vergrat Heinrichmann von Zeche Roland bekundet gleichfalls, daß Kraß ihm die Namen der Steiger angeboten, die von jener Zeche im Steigerverband seien, es seien ihrer drei gewesen, denen er sofort gefälligst habe.

Der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, gibt Auskunft über die Art des Verbandes des Verbandes. Es sei dabei nach jeder Richtung hin die größte Vorsicht beobachtet worden und nur er allein sei im Besitz der Liste, er habe auch die Klaviers, in denen das Organ verankert worden, selbst mit den Adressen versehen. Zu Herbst sei ihm mitgeteilt worden, daß der Zeichenverband sich mit der Polizei in Verbindung gesetzt habe, um mit Hilfe der Post oder der Druckerei in den Besitz der Mitgliederliste zu kommen. Er sei dabei speziell vor dem Postamt an der Schützenbahn gewarnt worden. Es seien darauf die Vorsichtsmaßnahmen beim Versand des Organs noch verstärkt worden. Bald darauf seien auf einer großen Anzahl von Zeichen, und zwar meist innerhalb bestimmter Postbezirke, die dem Verband angehörenden Steiger von ihrem Betriebschef wegen ihrer Mitgliedschaft zur Rede gestellt worden. Dabei sei besonders folgendes auffällig gewesen: Auf Zeche Kröpfer seien die Steiger, die im Postbezirk Batenbrod wohnen, geladen worden, merkwürdigerweise aber nicht diejenigen aus dem Postbezirk Lotzow. Auf einer anderen Zeche sei einem Steiger auf den Kopf zugelegt worden, er sei der einzige, der an jenem Ort des Verbandes durch die Post bekomme, eine Behauptung, die übrigens zutreffend gewesen sei.

Der Staatsanwalt erklärte in seinem Plaidoyer, daß für die Behauptung postalischer Hilfe auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht sei. Von einer Behauptung berechtigter Interessen könne allenfalls nur insoweit die Rede sein, als der Angeklagte als Redakteur eines Blattes ein Interesse daran haben könne, daß das Briefgeheimnis auch Abnehmer jenes Blattes gegenüber verlegt werden könnte. Er beantragte die Verurteilung des Angeklagten zu Gefängnisstrafe und Publikationsverbot. Die Verteidiger plädierten in vorzüglicher Weise für Freisprechung, da der Wahrheitsbeweis, soweit er bei der beschränkten Vernehmung infolge der Ausfahrgenehmigungen, die den Polizeibeamten auferlegt worden waren, überhaupt erbracht werden kann, als erbracht betrachtet werden müsse. Der Verteidiger Frank I. unterzog dabei noch besonders das in der Verhandlung bloßgelegte Treiben des Zeichenverbandes und des Verhaltens der Polizei, die sich für Selbst in den Dienst dieses Verbandes zum Zwecke der Bekämpfung des Steigerverbandes gestellt habe, einer heftigen Kritik.

Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht, billigte aber dem Angeklagten den Schutz des § 193 Str.-G.-B. injizieren zu, weil er als Redakteur einer Zeitung für sich und die Abonnenten das selbe beabsichtigen konnte, was vermeintlich dem Organ des Steigerverbandes widerfahren sei. Deshalb sei auf Freisprechung zu erkennen gewesen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Streikjustiz!

Seit mehr als einer Woche hat die Streikjustiz ihre fürchterliche Arbeit schon begonnen. Das Verfahren gegen die „Streikflünder“ ist ein derartiges, daß alle Rechtsgarantien in Frage gestellt werden. Unser Verbandsvorstand richtete darum folgende telegraphische Beschwerde an den Justizminister:

Justizminister Bessler, Czeglennz, Berlin.

Der unterzeichnete Verband legt Beschwerde ein gegen das Verfahren der hiesigen Staatsanwaltschaft bei der Behandlung der Strafsachen, die aus Anlaß des Streiks anhängig gemacht sind. Angeklagte, die geringfügiger Delikte beschuldigt sind, werden wegen angeblicher Falschungsverdachts und Falschungsverdachts verhaftet. Nach zwei, drei Tagen erhalten sie die Anklageschrift mit einer Erklärungsfrist von 24 Stunden und einer gedruckten Aufforderung, auf diese und die achtstündige Ladungsfrist zu verzichten. Die Angeklagten, denen die Tragweite des Verzichts natürlich nicht bekannt ist, geben durchweg diese Erklärung ab, worauf Termin zur Hauptverhandlung auf den nächsten oder übernächsten Tag angesetzt wird. Es wird hierdurch den Angeklagten unmöglich gemacht, sich sachdienlich zu verteidigen. Sie haben weder Zeit, ihren Angehörigen Nachricht zu geben, damit diese einen Verteidiger wählen, noch können sie selbst in der oft nur 12stündigen Frist zwischen Ladung und Termin irgendwelche zu ihrer Entlastung und Verteidigung dienende Maßregeln ergreifen. Es ist vorgekommen, daß Angeklagte telegraphisch ihren Frauen den Termin mitteilen mußten, damit diese noch 1/2 Stunde vor der Verhandlung Schritte zur Verteidigung tun konnten.

Ebenso wie hier in Bochum, verfährt die Staatsanwaltschaft in Dortmund, Essen und Duisburg.

Wir bitten Ew. Czeglennz, die Staatsanwaltschaft sofort anzuweisen, von diesem Verfahren Abstand zu nehmen, das sich vielleicht im Rahmen des Gesetzes bewegt, aber dem Zweck des Gesetzes sicher nicht entspricht.

Ergebnis

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. J. A. F. Husemann.

Am 18. März wurde vor dem Schöffengericht in Castrop gegen 13 „Streikflünder“ verhandelt, welche aus der Haft vorgeführt wurden; sie sollen die Arbeitswilligen belästigt, ihnen Schimpfnamen beigelegt, „Pfui“ oder „Streikbrecher“ zugerufen haben.

Das Gericht erkannte auf Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Monaten und beschloß in allen Fällen, den Haftbesitz aufrechtzuerhalten, um die Angeklagten vor weiteren Ausschreitungen in der jetzigen bewegten Zeit zu bewahren.

Weiter wurde verhandelt gegen die Bergarbeiter, die am Abend des 12. März festgenommen worden sollten, aber entlassen, und bei den Eheleuten Sch. Unterschluß fanden. Die drei Bergarbeiter erhielten je 3 Monate Gefängnis, die beiden Eheleute wegen ihres Vorgehens gegen das Strafgesetz je 8 Tage Haft. Zwei andere Bergleute wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Am 20. März wurden zwei Bergleute wegen Pfandrufsens vom Castroper Schöffengericht mit 6 Wochen bzw. einem Monat Gefängnis verurteilt.

In Dortmund wurden eine Anzahl Arbeiter, die in der Nähe der Schächte Kaiserstuhl I und II mit Steinen nach den Gewerkschaften geworfen haben sollen, zu 14 Tagen bis zu 8 Wochen Haft verurteilt. Zwei Bergarbeiter, die in der Nähe der Zeche Freiberg den Arbeitswilligen Heinrich Niekemann mißhandelt haben sollen, wurden zu 6 Wochen bzw. 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

In Gerne wurde eine Frau, die aus dem Fenster ihrer Wohnung einen Trupp Arbeitswilliger durch den Jurist „Streikbrecher“ beleidigt haben soll, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Weil er der Aufzucht einer Polizeipatrouille, die Strafe zu verlassen, nicht nachgekommen war, wurde ein Bergmann zu 14 Tagen Haft verurteilt. Wegen desselben Vorgehens erhielt ein 17jähriger Bergmann 10 Tage Haft.

Von der Strafkammer in Bochum wurde ein Bergmann, der zu Angriffen auf die Arbeitswilligen aufgefordert haben soll, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte 9 Monate beantragt. Am 22. März wurden 5 Bergleute von der Strafkammer in Bochum wegen Streitvergehens zu Gefängnisstrafen von 6 Wochen bis 9 Monaten verurteilt.

Die Strafkammer in Duisburg verurteilte am 22. März 5 Personen wegen Streitvergehens zu Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis zu 5 Monaten.

Das sind nur einige Stichproben, ähnlich arbeitet die Justiz allenthalben. Ueberall wird ein beschleunigtes Verfahren angewandt, so daß den Angeklagten, die sich meist in Haft befinden, keine Zeit bleibt, ihre Verteidigung genügend vorzubereiten.

Auf diese Weise werden alle Rechtsgarantien in Frage gestellt und wir erleben gegen das beliebte Verfahren gegen „Streikflünder“ den entschiedensten Einspruch. Das halten wir für um so notwendiger, weil, wie wir hören, allein bei der Strafkammer Bochum etwa 400 Streikflünder anhängig gemacht sind. Wir sind überzeugt, daß es sich dabei vielfach um gelegentliche Wortumstände handelt, die zu gewöhnlichen Zeiten gar nicht beachtet würden.

Streikunterstützung.

In der den Bergarbeitern nicht wohl gesonnenen Presse wird behauptet, der Abbruch des Streiks sei von den Organisationsleitungen deshalb empfohlen worden, damit aus den Mitteln der Verbände keine Unterstützungen an die Streikenden gezahlt zu werden brauchten. Diese Behauptung ist frei erfunden und wird nur zu dem Zwecke verbreitet, um die Bergarbeiter gegen die an dem Kampfe beteiligten Verbände aufzuheben. Das wird jedoch vergebliche Mühe sein. Der Streik ist durch die Abstimmung der hierzu berechtigten Vertrauensleute (Delegierte) der Organisationen beendet worden, nachdem die Berichterstattung über den Stand der Bewegung die Beendigung der Arbeitsleistung als notwendig hatte erkennen lassen. Die Angestellten der Organisationen waren an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zur Anschluß an diese Abstimmung ist dann von der Revierkonferenz beschlossen worden, daß die Streikunterstützung für die berechtigten Mitglieder in der Woche vor Ostern ausgezahlt werden soll. Es werden deshalb jetzt alle Vorbereitungen zur Auszahlung der Streikunterstützung getroffen.

Das ist die Wahrheit, alle anderen Behauptungen sind unwahr.

Nach dem Kampfe!

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hatte am letzten Sonntag für das Ruhrrevier vier kombinierte Bezirkskonferenzen einberufen. Die Konferenzen waren zusammen von ca. 1000 Verbandsfunktionären besucht. Der Zweck der Konferenzen war, nach Abschluß des Kampfes eine Ausbrotze herbeizuführen und die Unterstützungsfrage sowie sonstige mit dem Kampfe im Zusammenhang stehende Fragen zu erörtern und Richtlinien für die zukünftige Agitation festzulegen. Zu einem kurzen Referat wurde noch einmal der Verlauf des Bergarbeiterstreiks zusammengefaßt und als nächste Aufgaben für den Verband bezeichnet, daß durch eine planmäßige Agitation der verräterischen Haltung der christlichen Gewerkschaften sowie der arbeitgeberfeindlichen Presse entgegengetreten werden müsse. Auf diese Art und Weise

müsse es gelingen, den Verband weiter zu festigen und ihn neue Kämpfe zuzuführen. Ferner soll in den Mitgliederversammlungen durchhalten von Vorträgen zur Schulung und Erziehung der Mitglieder beigetragen werden.

Die sich an die Referate anschließende Diskussion getriggerte in allen Konferenzen ein höchst erfreuliches Bild innerer Festigkeit und Geschlossenheit. Ueberall kam zum Ausdruck, daß es zu begrüssen sei, daß der Verband den Kampf gewagt habe. Es habe sich jetzt gezeigt, wo die wahren Arbeitererzitterer saßen. Aus allen Zahlstellen wurde berichtet, daß die Mitglieder die durch den Kampf geschaffene Situation zu wützigen wußten. Durch geschlossenes Eintreten aller Funktionäre würde es möglich sein, der wüsten und niederträchtigen Agitation der „Christlichen“ und der Zentrumspresse entgegenzuwirken. Aus allen Bezirken des Ruhrreviers wurde gemeldet, daß nach dem Streikabbruch zahlreiche Mitglieder des „Christlichen“ Gewerkschafts ihren Vertritt zum Verband erklärten. Von Mitleidigkeit könne unter den Verbandsmitgliedern keine Rede sein.

Im ferneren Verlauf der Konferenzen wurde die Unterstützungsfrage erörtert und werden die näheren Bekanntmachungen in den einzelnen Zahlstellen erfolgen. Die in dieser Frage gefaßten Beschlüsse des Verbandsvorstandes wurden allseitig gutgeheißen.

Schließlich wurde noch vereinbart, daß am Sonntag, den 31. März, im ganzen Ruhrrevier große Versammlungen stattfinden sollen, um der Öffentlichkeit noch einmal das wahre verräterische Verhalten der Arbeitererzitterer vor Augen zu führen.

Der Verlauf dieser Konferenzen beweist, daß die Hoffnung der Arbeitgebers, der Bergarbeiterverband würde aus dieser Bewegung geschwächt hervorgehen, nicht in Erfüllung geht. Die Drachensaat der „Christlichen“ Arbeiterführer“ wird aufgehen, sie werden aber wenig Freude daran erleben. Für die Bergarbeiter gibt es nur eine Parole und die lautet: Hinein in den Verband und heraus mit der arbeitgeberfeindlichen Presse aus den Bergarbeiterwohnungen!

Streikführer auf der Jagd nach dem Judaslohn.

Nachdem der Lohnkampf der Ruhrbergleute durch die niederträchtigsten Mittel zum Stillstand gebracht ist, wollen die Streikführer auch den Lohn für ihren Verrat haben. Von den Zeichenbesitzern bekommen sie nur eine sehr geringe Anerkennung (siehe „Mittelw. Zeig.“), die schon mehr einer Abwehr der allzu intimen Annäherung gleicht. Da sollen nun die Arbeiter selbst die nötigen Silberlinge zusammenbringen, nach denen es die „Christlichen“ Judas gelüftet. Das heißt nichts anderes, als daß die Verräter den Verrat aus der eigenen Tasche bezahlen sollen. Eine solche Selbstbefriedigung muteten die Streikführer den Besuchern der ca. 50 Versammlungen zu, die am vorigen Sonntag von den „Christen“ im ganzen Ruhrbezirk einberufen waren. Sie sollen partout in den „Christlichen“ Streikführerverein eintreten und auf diese Weise den „wohlverdienten Dank“ an das Verräterpaar abblättern. Damit war es aber nicht! Fast alle Versammlungen waren schlecht besucht. Außer den fanatisierten „Vertrauensmännern“ hatten sich vielfach Weiber eingefunden, die weitere Belehrung in der Wissenschaft des Arbeiterverrats erwarteten. Außer dem natürlich auch Heugierige, die noch nicht gesehen haben, wie frühere Arbeiter vor einer Arbeiterversammlung den Streikführer verteidigen können. Die „Christen“ kriegen alles fertig, also auch das! Sie tun, und wenn die ganze Menschewürde dabei zum Teufel geht, während ihr Vorbild Ischariot noch vollbrachter Tat doch wenigstens Neue empfand. Von solcher Continentalität sind unsere Schwarzen frei — ihnen kommt es nur auf den Verräterlohn an. Und wenn sich genügend Bergarbeiter fanden, die zur eigenen Schande den Streikführer ihre Grabschilde anvertrauten, dann würden die ohne Bedenken den Verrat noch oft wiederholen.

Es scheint aber nicht, daß dieser Herzenswunsch den „Christlichen“ Führern in Erfüllung gehen sollte. In der „Christen“versammlung in Bochum bemühten sich Sieberts, Schiffer und Ruhnemann um das „Vertrauen“ der Bergleute. Wie weit sie dies Vertrauen bei den eigenen Mitgliedern schon eingeholt haben, zeigte der halbleere Saal. Da hätte der brave Diebsteck etwas anderes sehen können in unseren Mitgliederversammlungen, die am gleichen Sonntag stattfanden. Ueberall guter Besuch, begeisterte Stimmung und die Erwartung auf eine baldige Wiederaufnahme des Kampfes. Aus vielen Zahlstellen kommt die Meldung zahlreicher Uebertritte aus dem Streikführerverein der „Christen“ in unsere Kampforganisation. Daran hat Zmbusch wohl nicht gedacht, daß er mit seinem Flugblatt „Nach dem Streik“ eine solche Wirkung erzielen würde.

Unter unseren Kameraden herrscht die einstimmige Meinung, daß die Diskussion über den verübten Verrat der Schwarzen nicht wieder zur Ruhe kommen darf. Die Tat an sich ist so ungeheuerlich, daß alles Würgen und Drehen der Verräter deren Sache nur verschlimmert. Und darum wäre es uns höchst angenehm, wenn jede Woche ein „Christliches“ Flugblatt mit einer „Rechtfertigung“ des Streikführers erschiene, und wenn jeden Sonntag von den Schwarzen Versammlungen zu dem gleichen Zweck benutzet würden. Mögen sich doch die Verräter von den Zeichenbesitzern ihren Treubruch bezahlen lassen, in deren Interesse der Streikführer verübt wurde. Von den Ruhrbergleuten kriegen sie ihren Judaslohn in anderer Form ausgezahlt, als in Weitrückgebern und Mitgliederbeiträgen für die Streikführerorganisation.

Unverbesserliche Verleumdung.

In den ersten Tagen des Bergarbeiterstreiks wurde gegen den Kameraden Löffler das Gerücht verbreitet, er sei mit 117 000 Mk. Verbandsgeldern durchgebrannt. Die Verbreiter waren Zeichenbesitzer und geschäftliche Streikführer. Trotzdem nun schon in der Tagespresse eine Erklärung erfolgt ist, daß das Gerücht selbstverständlich unwahr sei, wird es weiter verbreitet. Es sind allerdings nicht mehr 117 000, sondern 175 000 Mk., mit welchen Löffler durchgebrannt sein soll. Namentlich wird das Gerücht jetzt im Selbstverleumdung Bezirk verbreitet. Die Verbreiter sind hier ebenfalls Arbeitswillige und Zeichenbesitzer. Auch Polizeibeamte haben sich, wie durch Zeugen nachgewiesen werden kann, an der Verbreitung des Gerüchts beteiligt. Auf der Zeche Hibernia war es der Markentkontrollleur, der den wieder anfahrenden Bergleuten dieses als größte Neuigkeit unterbreitete. Weiter hat der Steiger Wachmann von Hibernia unten in der Grube bei den Bergleuten diese Unwahrheit verbreitet. Selbstverständlich wird sich Kamerad Löffler einige dieser faulsten Durschen lassen und zur Rechtfertigung ziehen. Die Kameraden werden darum ersucht, die genaue Adresse von solchen Verbreitern unter Angabe von Zeugen dem Kameraden Löffler zu übermitteln.

Ein „Christlicher“ Schüke.

In Lünen a. d. Lippe ist in der Nacht vom 19. zum 20. März ein erst 25 Jahre alter Verbandskamerad durch einen von „Christlichen“ barmherziger“ Hand geführten Schuß getötet worden. Der Erschossene gehörte trotz seiner Jugend schon acht Jahre dem Verband an. Als Vater kommt der „Christ“ Franke, Vorsitzender des „Christlichen“ Gewerkschaftsstellens für den Bezirk Lünen und Referent des „Christlichen“ Gewerkschafts, in Frage. Verschiedene Nachbarn vom Gewerkschaftsbereich machen Schüke. Herr Franke allerdings behauptet, er habe in Notwehr gehandelt. Er will von drei Personen überfallen worden sein, zu Boden geworfen und dann noch mehrere Stockschläge über den Kopf erhalten haben. Erst dann habe er, auf dem Boden liegend, in höchster Lebensgefahr schwebend, den tödlichen Schuß abgeben. Trotz aller „Mißhandlungen“, die dem „guten Christ“ Franke widerfahren sein sollen, zeigt sich an seinem Körper nicht die geringste Spur einer Verletzung. Sonderbar!

Wer ist Franke? Ein „Bergmann“, der sich seiner Kaffeeflasche schämt. Diese ließ er stets auf der Zeche, füllte sie dort mit kaltem Wasser und schüttete Kaffeemehl hinein! Seit mehr denn drei Monaten arbeitet er überhaupt nicht mehr. Angeblich feiert er trotz Vor ungefahr einem halben Jahre hat er den Stadtkommandanten Vresarth mit dem Revolver bedroht. Vor vier Monaten benahm er sich in der Wirtschaft Sanders in Lünen vorzüglich gegen die Gäste. Der Wirt vertrieß ihn darauf aus seinem Lokal. Nun bedroht er den Wirt ebenfalls mit dem Revolver. Vor drei Monaten ist er in das Verbandslokal der freien Gewerkschaften in Lünen gekommen und forderte dort ein christliches Bureau. Selbstverständlich lachte man den Narren aus. Hierauf

forderte er einen „Genossen“, mit welchem er „diskutieren“ könnte. Hierbei machte er eine nicht mißzuverstehende drohende Gebärde. So sieht der sonderbare „Geistige“ von Vännen aus, für den sich die „christliche“ Zentrumspresse gewaltig ins Zeug legt und seine Unschuld nachzuweisen sucht.

Dieser Mensch war im Besitze eines von der Polizei ausgestellten Waffenscheins!

Dynamitattentate in Asten.

Ein unverkennbar Schwindel wird mit den Dynamitattentaten in Asten getrieben, insofern sie den Streitenden in die Schuhe geschoben werden.

Nichtig an den bisherigen Angaben ist nur, daß der Polizeisergeant in Asten eine Postkarte erhalten hat, in der gedroht wird, man werde halb Asten in die Luft sprengen.

Nichtig ist ferner, daß eines der Attentate einen Arbeitswilligen, nämlich den Bergmann Logemann betraf.

Dagegen richteten sich die beiden anderen Attentate gegen zwei Arbeiter, die mitgestreift haben.

Die Hauptsache aber wird verschwiegen. Es sind nicht drei, sondern vier Attentate verübt worden.

Das vierte Attentat richtete sich gegen den Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes Fritz Schmir, der als Streikleiter fungierte.

Dieses Attentat wird in der Streikbrecherpresse überhaupt nicht erwähnt, weil damit der Schwindel, als ob es sich um Anschläge Streikender gegen Streikbrecher handelte, ein für allemal aufgedeckt ist!

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Kundgebung der Braunkohlenarbeiter gegen Ausnahmengesetze.

Am 17. März fanden im Senftenberger Braunkohlegebiet neun öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit dem vom Herrenhaus verlangten Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung und die Bergarbeiterbewegung, besonders im Ruhrgebiet, beschäftigten. In allen Versammlungen fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute am 17. März versammelten Bergarbeiter erklären sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Die Bergarbeiter bedürfen vor allen Dingen in ihrem Kampfe für ihre Menschenrechte gegen das übermäßige Unternehmertum das Koalitionsrecht und protestieren daher gegen eine Verschlechterung dieses Rechtes, wie es die neue Strafgesetznovelle im Entwurf vorsieht, wonach die Koalitionsfreiheit vollständig aufgehoben und ein Ausnahmengesetz für die gesamte Arbeiterschaft geschaffen werden soll. Des weiteren geloben die Versammelten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die Verweigerung von Ueberstunden, Kontrollierung der Kohlenlieferungen nach Streikgebieten die im Kampfe stehenden Bergarbeiter moralisch und finanziell zu unterstützen.“

Die Versammelten erklären weiter, allen Vorkommnissen, welche den streikenden Kameraden schaden könnten, die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und gegebenenfalls ihr Verhalten danach einzurichten.“

Saargebiet und Reichslande.

Streik auf Saar und Mosel und die W.-Gladbacher.

In der schwarzen „Lothringer Volksstimme“ (Nr. 68 vom 21. März) finden wir folgenden Erguß:

„Zum beendeten Streik in Merlenbach teilt man uns folgendes mit: Die liberale „Straßburger Post“ und die sozialdemokratische „Freie Presse“ teilen mit, daß der Streik für die Arbeiter mit Erfolg beendet habe. Das trifft nicht zu. Die von der Verwaltung gemachten Zugeständnisse sind derart unklar, daß mit gutem Gewissen eher von einer glatten Niederlage der Arbeiter gesprochen werden kann. Die in der „Straßb. Post“ angegebenen Zahlen sind unzutreffend. Der Zweck des Streikes war auch nicht, einen Erfolg für die Arbeiter zu erzielen, sondern durch denselben sollte der ganze süddeutsche Bergbau in den Streik hineingezogen werden, um einen Druck zugunsten des Ruhrstreiks ausüben zu können. Erst als dieses mißlang, wurde der Abbruch des Streiks erwogen. Daß der Streik im lothringischen Kohlenbergbau gleichzeitig mit dem des Ruhrreviers abgebrochen wurde, dürfte kein Zufall sein. Im Interesse der Wahrheit wird die Presse gebeten, hierbon Notiz zu nehmen. Auf interessante Einzelheiten der Streikbewegung wird noch zurückzukommen sein.“

Nicht genug, daß die schwarze Gesellschaft während des Streiks alles tat, der Lohnbewegung der lothringischen Kohlengräber Steine in den Weg zu werfen, wenn auch, mit negativem Erfolg, probiert sie jetzt noch, das Erreichte zu verkleinern, gewissermaßen dem Unternehmertum auf Saar und Mosel einzuflüstern: Ballet euer Verprechen nicht, wir werden euch weiter helfen! Wie jagte doch Dr. Sigl von seinen Zentrumsgenossen: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ Auch die bürgerliche Presse möchte das schwarze Organ vor seinen Karren spannen. Aber es wird der schwarzen Tante nichts helfen, der Streik würde eben nicht abgebrochen, bis die Verprechungen der Direktion klar waren. Sie lauten: Vom 1. April 1912 ab soll der Durchschnittslohn, wie er im 4. Quartal 1907 auf Saar und Mosel stand, bezahlt werden. Im 1. Quartal 1912 stand er auf 4,78 Mk., im 4. Quartal 1907 war er 48 Pf. höher. So ist es, schwarze Tante, und da heißt keine Maus den Faden ab. Also ein Erfolg ist erzielt und der Zweck des Streikes war nicht, einen Druck zugunsten des Ruhrgebietes auszuüben, was nebenbei nicht zu verachten ist, sondern die miserablen Lohnverhältnisse zu bessern. Die „Lothringer Volksstimme“ schlägt sich ja selbst auf ihr Maul, wenn sie von unklaren Zugeständnissen der Direktion spricht, bringt sie doch in derselben Nummer „St. Abend, 20. März. Der Streik auf den Gruben der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft ist beendet. Heute früh sind sämtliche Arbeiter zur Arbeit erschienen. Die Zugeständnisse, die die Verwaltung von Anfang an gemacht hatte, sind von den Arbeitern angenommen worden.“

Doch das Umdeuten ist ihr so zum Handwerk geworden, daß sie es selbst bei dieser kurzen Notiz nicht lassen kann. Nicht von Anfang an hat die Verwaltung nachgegeben, sondern erst am 19. März. Vorher wollte sie 10 Prozent Lohnerhöhung in mehreren Monaten bewilligen, wenn die Leistung nicht zurückgehe. Das war unklar, ebenso die Verprechungen bezüglich des Lohnes von 1907, bei denen man nicht veröffentlichten wollte, wie hoch er damals auf Saar und Mosel stand. Als dies alles nicht zog, trotz Breden der „christlichen“ „Führer“ Kollat & Co., wurde die bindende Forderung gegeben. Es ist zwar ärgerlich für die schwarzen Arbeitsvermittler, aber nichtsdestoweniger wahr.

Lohnbewegungen und Streiks.

Bergarbeiterstreik am Deister.

Wie schon kurz berichtet, ist auch nunmehr auf dem sächsischen Bergwerk am Deister ein Streik ausgebrochen. Am 17. März wurde in Eggestorf, Worsinghausen und Krandorf von drei stark besuchten Versammlungen von ca. 1000 Versammlungsbesuchern gegen wenige Stimmen der Streik beschlossen und am 18. März früh ist dieser Beschluß auch ausgeführt worden. Das Werk beschäftigt 2200 Mann; davon sind auf dem Eggestorfer Schacht nur 2 Mann, in Worsinghausen nur 5 Mann und in Krandorf ebenfalls nur wenige Mann, die an der Kohlenförderung beschäftigt sind, angefahren. Der Streikbeschluß ist also recht einmütig durchgeführt worden. Der Werksdirektor, Herr Bergat Schläpfer, hatte ja alles versucht, um die Arbeiter von ihrem Entschluß abzubringen. War er doch sogar am Sonntag mit den sogenannten Gehern und Verhandlungsagenten in Wettbewerb getreten und hatte ebenfalls eine Bergarbeiterversammlung einberufen. Es wurde also im wahrsten Sinne des Wortes um die Seele des Bergarbeiters gekämpft, doch dieser Kampf hat Herrn Bergat Schläpfer nichts genutzt.

Die Deisterbergleute fordern:

1. Eine Schichtlohnzulage von 50 Pf. pro Tag.
2. Eine 15prozentige Lohnzulage im Gebirge.
3. Decartierte Bedingeregelung, daß jeder Hauer durchschnittlich 4,50 Mk. pro Tag und die anderen Arbeiter ebenfalls entsprechend ihrer Lohnklasse verdienen.
4. Anständiger Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten.
5. Bessere Innehaltung der Bergpolizeivorschriften und der sanitären Bestimmungen.

Herr Bergat Schläpfer hatte auch den Arbeiterausschuß am 12. März zu einer Sitzung geladen, um über die eingereichten For-

derungen zu beraten, oder besser gesagt: um dem Arbeiterausschuß nach bekannter Praxis mitzuteilen, daß man den Tageslohnarbeitern eine Zulage von 30 Pf. geben wolle, alle anderen Forderungen aber abgelehnt werden müßten. Mit dieser 30 Pf. Schichtlohnzulage will man sich vor der Deffenlichkeit den Anschein eines Entgegenkommens geben, um den Streik als friedl. erscheinen zu lassen, und bürgerliche Blätter tun ja darin auch schon ihre werksfreundliche Schuldigkeit. In Wirklichkeit kommen diese 30 Pf. nur einem kleinen Teil der Belegschaft — eben nur den Tageslohnern — zugute; der übergroße Teil der Belegschaft — das sind die Bedingearbeiter — hat von dieser Zulage gar nicht. Dieses Zugeständnis war daher für das Werk recht billig; die Forderung, die den Arbeitern wirklich etwas nützte und das Werk etwas kostete, wurde eben kurz und bündig abgelehnt.

Daß bei dem 3. und 3.50 Mk. Verdienst der Vergleute am Deister und bei der herrschenden Teuerung, bei den gestiegenen Steuern und Beiträgen, die Arbeiter höheren Lohn fordern — müßten und auch eine Lohnerhöhung notwendig ist, kann wohl nicht bestritten werden. Sind doch auch die Gehälter der Werksbeamten mit Rücksicht auf die Teuerung erheblich aufgebessert worden. Trotz so niedriger Löhne stellt sich der Herr Minister Deßbründ im Reichsland freimütig hin und erzählt der Deffenlichkeit, die Dauerlöhne betrügen auf den sächsischen Bergwerken 8,30 Mk. pro Schicht und die Löhne befänden sich in aufsteigender Richtung. Herr Bergat Schläpfer ist natürlich auch derselben Meinung. Daß die Hauer am Deister nur 4,50 Mk. Lohn fordern, kennzeichnet schon die Verbrüdernde Fabel zur Genüge. Nichtig ist, daß der Durchschnittslohn auf dem Deisterbergwerk im letzten Rechnungsjahre um 21 Mk. gestiegen sein soll; ob davon aber die Arbeiter wirklich etwas bekommen haben oder die kleineren Beamten nicht diesen Mehrlohn allein erhalten, das sei dahingestellt. Dem angeblichen Mehrlohn von 21 Mk. im letzten Rechnungsjahre verhält man nur hinzuzufügen, daß im vorhergehenden Jahre der Lohn um 99 Mk. gesunken war. Eine sonderbar aufsteigende Richtung, wenn man in einem Jahre 99 Mk. mehr Arbeiter nimmt und davon im anderen Jahre nur 21 Mk. wiedergibt.

Für diesen angeblichen Mehrlohn von 21 Mk. ist aber auch die Arbeitsleistung der Vergleute am Deister ganz erheblich gestiegen und zwar um 7 Tonnern Kohlen pro Kopf der Belegschaft. Würde man diese Mehrlohnförderung nur auf die direkt an der Kohlenförderung beschäftigten Arbeiter berechnen, so ergäbe sich eine noch weit größere Steigerung der Arbeitsleistung. Von einer Lohnerhöhung kann also nicht geredet werden, im Gegenteil ist der Lohn noch gesunken. Es betrug der Arbeitslohn pro Tonne Kohlen im letzten Rechnungsjahre 5,18 Mk. gegen 5,33 Mk. im vorhergehenden Jahre. Das Aufsteigen ist aber, daß die Arbeiter für ihre Mehrschichterei nicht einmal das erhielten, was sie früher hatten, die Herren Beamten aber für ihre Antreiberei auch im letzten Rechnungsjahre erhebliche Gehaltszulagen in Form von Antreibepremien erhalten haben. Jeder Hauersteiger hat 800 Mk. und jeder Uebersteiger 500 Mk. dafür bekommen, daß die Arbeiter noch fleißiger waren als früher. Das müssen die sächsischen Bergarbeiter als die trassete Ungerechtigkeit empfinden.

Wenn auch nur etwas Erkenntnis von der Not der Arbeiter und etwas guter Wille vorhanden wäre, müßten die doch gewiß bescheidene Forderungen der sächsischen Bergarbeiter ohne weiteres bewilligt werden. Die Möglichkeit, hinter die man sich immer so gern verschont, ist beim preussischen Fiskus wie auch beim Deisterbergwerk reichlich vorhanden. Steigen doch die Ueberhörsche der sächsischen Vergewerke in Preußen im letzten Rechnungsjahre um 14 Millionen, von 17 auf 31 Millionen Mark. Auch das Deisterbergwerk macht recht gute Geschäfte. Die Regierung hatte im letzten Rechnungsjahre vom Deisterbergwerk im Etat einen Ueberschuß von 367 000 Mk. angelegt, es sind aber 552 430 Mk. Ueberschuß erzielt worden. Die Arbeiter haben dem Werke also 215 430 Mk. mehr gebracht, als die Regierung haben wollte und dennoch erklärt man kategorisch: Lohnerhöhung gibts nicht!

Besonders wolle der Leser die Forderungen 4 und 5 beachten, die gestellt worden sind, weil die Behandlung eine solche ist, wie man sie erfreulicherweise selten findet. Beamte haben sich da Dinge gegen die Arbeiter erlaubt, die jeden rechtlich und anständig denkenden Menschen empören müssen. Sogar bei Revisionen, wenn der Revisionsbeamte kommt, weiß es die Verwaltung und die größten Miststände werden beseitigt, unter welchen die Arbeiter sonst arbeiten müssen. Solche Forderungen sollten für jede Werksverwaltung Selbstverständlichkeiten sein und es ist bezeichnend, daß die Arbeiter auf „einem Staatswerke überhaupt erst noch solche Forderungen erheben müssen.“

Die Deisterbergleute wollten gegen den Streik, bei auch nur einigermaßen Entgegenkommen wären sie zufrieden gewesen. Da aber das Werk dies nicht will, haben die Deisterbergleute den Kampf um ihr Recht aufgenommen und werden diesen mit Hilfe der Organisation durchkämpfen. Die Werksverwaltung scheint allerdings einen Streik gewollt zu haben, sonst müßte sie den bescheidenen Forderungen der Arbeiter gegenüber etwas mehr Entgegenkommen zeigen. Wir besitzen aber auch einen Brief der Werksverwaltung an eine hiesige Maschinenfabrik, in dem die Werksverwaltung schon vor Wochen auf einen Streik hinweist, als von den Arbeitern noch niemand an einen Streik gedacht hat. Auch in bürgerlichen Blättern, so dem „Hannoverschen Anzeiger“, wurde schon vor Wochen mit einem Streik der Deisterbergleute gerechnet; wer kann diese Notizen gebracht haben? Die Arbeiter sicher nicht!

Daraus geht deutlich hervor, daß die Werksverwaltung den Arbeitern von vornherein kein Entgegenkommen zeigen wollte. Die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Lohnerhöhung kann man nicht abstreiten, aber der gute Wille fehlt. Man glaubt, durch einen herbeigeführten Streik die so verhasste Organisation sprengen zu können, um dann den Arbeitern noch verschärfter den Fuß auf den Boden zu setzen. Der Deisterbergmann von heute ist aber nicht mehr der Deisterbergmann von vor 10 Jahren; er läßt sich nicht mehr als willenloses Werkzeug behandeln, sondern kämpft heute um sein Menschenrecht.

Streik im Zwickauer Kohlenrevier.

In den Streikbureau des Bergarbeiterverbandes haben sich bisher über 5000 organisierte und mehr als 3000 unorganisierte Streikende gemeldet. Im Laufe des Streiks hat die Organisation circa 500 Mitglieder neu gewonnen. Die Zahl der Streikenden ist jedoch nicht vollständig in die Listen eingetragen. Viele haben die Meldung beim Streikbureau darum unterlassen, weil sie als Unorganisierte keine Unterstützung beziehen können. In Wirklichkeit wird die Ziffer der Streikenden auf über 9000 anzugeben sein. Auf einzelnen Schächten ist die Kohlenproduktion ganz wesentlich zurückgegangen. Ein großer Schacht hat seinen Kokssofen eingestellt, weil ihm die Kohlen mangeln. Die Werke versuchen jetzt mit Schreckschüssen die Arbeiter einzuschüchtern. Auf dem Fallschacht ist durch Anschlag bekannt gegeben worden, daß diejenigen, die bis Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, für immer aus der Belegschaftsliste gestrichen werden. Auch andere Werke versuchen diese Einschüchterung. Auf den Arminschächten droht man den Arbeitern mit Abzug von 8 Schichten. Am 21. März ist Kamerad „Sache“ im Streikrevier eingetroffen. Mittags fand eine Revierkonferenz statt, in der beschlossen wurde, nochmals zu versuchen, auf gutlichem Wege mit den Werksbesitzern auszukommen. Die Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, beim Vergant in Freiberg nochmals eine Vermittlungsverhandlung nachzuführen. Wie in der Tagespresse mitgeteilt wird, ist der Vermittlungsversuch an dem ablehnenden Verhalten der Grubenherren gescheitert. Das entspricht ihrer ganzen Stellung, die sie bisher eingenommen haben.

Ueber die Verhältnisse im sächsischen Bergbau und die Haltung der Grubenherren schrieb die große „Frankfurter Zeitung“, ein bürgerliches Organ (Abendblatt vom 18. März):

„Das Verhalten der sächsischen Bergverwaltungen den Bergleuten gegenüber läßt derartig alle soziale Einsicht vermissen, daß es auch in den weitesten bürgerlichen Kreisen abfällig beurteilt wird. Auch von ihnen hatte man diese schroffe Ablehnung der den Zeitumständen angemessenen Bergarbeiterforderungen um so weniger erwartet, als selbst die Regierung noch vor wenigen Tagen in der Zweiten Kammer auf Grund amtlicher Statistiken anerkannte, daß

die Löhne in den sächsischen Bergbaubezirken in den letzten Jahren ständig gesunken sind. Im schroffen Gegensatz zu dieser selbstigen Tatsache steht das Anwachsen der Lebensmittel- und Wohnungsverpreise, die besonders auch in den sächsischen Bergbaubezirken oft höher sind als in mancher Großstadt. Man sollte suverän auf ein Entgegenkommen der Bergverwaltungen, da die Lage der meisten sächsischen Kohlengruben günstig ist und viele von ihnen sehr bedeutende Ueberschüsse gemacht haben. Auch in den letzten Tagen sah man es als selbstverständlich an, daß durch Bewilligung wenigstens eines Teiles der Forderungen der Streik verhindert würde. Die Unternehmer haben dagegen auch in Sachsen einen gänzlich abweisenden Standpunkt hervorgekehrt und jede Bewilligung abgelehnt. Demis wird auch den Ulländern und Augenheiligen jedenfalls ein schlechter Dienst geleistet sein, da die durch den Streik verursachten Ueberschüsse vornehmlich beträchtlich sein werden und sich eine Besserung der gedrückten Arbeiterverhältnisse trotzdem nicht länger mehr hinausziehen läßt. Mit ihrer Unzugänglichkeit haben die Bergverwaltungen unter den Bergleuten, die durch glückliche Verhandlungen den Frieden zu erhalten suchten, jedoch eine Erbitterung entfesselt, wie sie noch bei keinem Grubenarbeiterstreik in Sachsen zu beobachten war. Es ist in dieser Beziehung bezeichnend, daß sich auch die Ulländerknappen, die sonst Gegner aller Arbeitskämpfe sind, am Streik beteiligen wollen. Um das zu verhindern, haben die Unternehmer in einer Verlesammlung dieser Knappen einen christlichen Redner aus dem Ruhrgebiet sprechen lassen; die Verlesammlung war jedoch von nur wenigen dieser nationalen Arbeiter besucht, während sämtliche anderen Grubenarbeiter-Verlesammlungen im Zwickauer und Znanau-Deister Revier gänzlich überfüllt waren.“

Das ist ein vernichtendes Urteil! Interessant ist übrigens die Feststellung, daß sich die sächsischen Grubenherren einen „christlichen“ Führer aus dem Ruhrgebiet holten, um auch in Sachsen den Streikbruch zu organisieren. „Christliche“ Führer, ehemalige Arbeiter, stehen also im Dienste des Zwickaukapitals! Doch die sächsischen Bergherren haben sich umsonst in Unkosten gestürzt! Was den „Christenführern“ im Ruhrgebiet leider gelang, ist in Sachsen vorübergegangen!

Streik im Znanau-Deister Revier.

Nachdem alle gesetzlichen Mittel erschöpft, die Arbeitgeber die geringfügigen Forderungen der Vergleute abgelehnt, auch das Anrufen des Vergants zu keiner Einigung geführt hatte, da die Arbeitgeber bei ihrem Herrenstandpunkte, nichts zu bewilligen, blieben, mußte es zum Streik kommen. So beschloß denn eine Konferenz, die am 16. März in Zwickau tagte und von sämtlichen Werken beschloß, gegen eine Stimme in den Streik einzutreten. Sonntag, den 17. März, fanden im Revier fünf überfüllte Versammlungen statt, welche sich diesem Beschluß einstimmig angeschlossen. Montag, den 18. März, traten 65 Prozent der Vergleute in den Ausstand, welcher sich in den folgenden Schichten auf 70 Prozent steigerte. Der „Deisterbund“; evangelischer Arbeiterverein, Königsstreu Knappen sowie „christliche“ Gewerkschaft, hielt ebenfalls eine Versammlung ab, in welcher unsere Forderungen als berechtigt anerkannt, die ablehnende Haltung der Werksbesitzer bedauert und trotzdem zum Streikbruch die Mitglieder aufgefordert wurden. Die Stimmung im Revier ist gut. Die Kameraden halten Disziplin und wurde die Ruhe bis jetzt noch nirgends gestört, wie selbst Würgerklöße zugehen müssen.

Trotz alledem schreit man noch mehr „Schuß“, um die Bewegung niederkünzeln. Werkswohnungen müssen, wenn Insassen mitstreifen, geräumt werden. Alte Hauer, die arbeiten, werden von Beamtenfrauen angefaßt und mit Entlassung bedroht, wenn ihre Söhne nicht zur Arbeit kommen. Unfallrentenempfängern wird mit Entziehung derselben gedroht, wenn sie nicht zur Arbeit kommen. Höhere Beamte mit ihren Frauen probieren die Streikposten. Auf der Zeche „Auto-Werk“ in Zwickau gibt der Bergdirektor Jobst bekannt, daß während des Streiks an alle Arbeitenden 30 Prozent mehr ausgezahlt werden sollen. Das Znanauer Steinsohlenwerk macht durch Anschlag bekannt, alle Arbeitenden erhalten während des Streiks 50 Pf. persönliche Zulage. Das sind die Werke, die zu unserer Forderung erklärten, dieselbe nicht erfüllen zu können, da sie sonst zumachen müßten, und jetzt können dieselben mehr geben, als unsere Forderung ausmacht. Am 21. März sind 40 berittene preussische Gendarmen im Revier eingetroffen, 40 sächsische sind schon vorhanden. Es wird also alles getan, um die Bewegung zu unterdrücken. Fast alle bürgerlichen Blätter stehen den Werksbesitzern zur Seite und verbreiten falsche Nachrichten.

Die Königsstreu Knappen haben trotz gegenteiliger Aufforderung die Arbeit mit niedrigerer und fälschen Schulter an Schulter mit ihren Kameraden. Die „Christlichen“ sind im Revier nur ein knapper Lügner und kommen nicht in Frage, bemühen sich aber krampfhaft, die Bewegung, die sie durch Anerkennung unserer Forderung als berechtigt zugeben, mit niederkünzeln. Auch den Ausländern wird mit Ausweisung gedroht, wenn dieselben nicht wieder ansfahren. Trotz all diesen Maßnahmen ist der Stand und die Stimmung durchaus günstig. Die Berichte am fünften Streiktag lauten sehr günstig und haben sich wieder über 100 mit angeschlossen. Auch in den Reihen der Königsstreu macht sich eine Erregung bemerkbar und wollen dieselben auch Forderungen einreichen. Öffentlich bleibt es nicht nur beim Willen und Bedauern.

Wenn die Kameraden in der Weise wie bis jetzt ruhig standhalten und die übrigen sich noch anschließen, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Die Streikbeteiligung betrug am fünften Streiktag 71 Prozent; das geben selbst bürgerliche Blätter zu. Im letzten Monat sind weit über 1000 Kameraden dem Verband beigetreten.

Streik auf Saar- und Moselgruben mit Erfolg beendet.

Wie schon im letzten Artikel berichtet wurde, hatte die Direktion am 17. März das Versprechen gegeben, die Löhne so zu erhöhen, daß dieselben den Stand vom 4. Quartal 1907 erreichten. Da die Direktion aber nur angab, wie der Grubendurchschnittslohn im Jahre 1908 bis zum 1. Quartal 1912 stand — es wurde z. B. im 4. Quartal 1908 4,84 Mk. Durchschnittslohn bezahlt, im 1. Quartal 1912 4,78 Mk. — wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, nochmals vorzusprechen, um den Durchschnittslohn vom 4. Quartal 1907 festzustellen. Am 19. März erklärte sich auch Herr Bürgermeister Sols von Merlenbach bereit, dem Arbeiterausschuß bei der Direktion zu verhandeln. Die Direktion erklärte, daß der Durchschnittslohn im 4. Quartal 1907 48 Pf. höher war, als im 1. Quartal 1912, also 1907 5,24 Mk. betrug. Dieser Durchschnittslohn wird vom 1. April ab der Belegschaft zugestanden. Betreffs der kleineren Forderungen, wie Ermäßigung der Miete in den Kolonien, will die Direktion entgegenkommen. Maßregelungen finden keine statt und wird auch niemand wegen Kontraktbruch bestraft. Unter diesen Bedingungen, deren Erfüllung die Direktion garantierte, beschloß die Belegschaft die Wiederanfahrt auf den 20. März. Mehr konnte bei dieser Lohnbewegung nicht erreicht werden. Doch ist schon deren Erfolg ein großer, daß endlich ein Kapitalist, wie der mächtige Stinnes, streikenden Bergarbeitern Zugeständnisse machte. Wenn nicht mehr erreicht wurde, trifft besonders die „christlichen“ Sekretariate die Schuld, welche in Gemeinschaft mit Kapländern ufm. die Belegschaftsmitglieder von Tag zu Tag unetnig machen wollten und ihnen auch dies in Spittel und Karlingen zum kleinen Teil gelang. In Merlenbach dagegen hielten die Kameraden sich so tapfer, daß man ihnen nur Bewunderung zollen kann. Auch die dortigen christlichen Kameraden ließen sich nicht zum Streikbruch verleiten, trotz aller Anspornungen ihrer Führer. Beim Abschluß des Streiks, der in drei Versammlungen in Merlenbach und Karlingen beschloffen wurde und wo unsere Kameraden Heiterich, Berg, Krämer und Wilmann sprachen, erklärten die Bergarbeiter, um das Ertrungene festzuhalten, sich der Organisation anzuschließen und ihr treu zu bleiben, den nur dem Eintreten des alten Verbandes sei es zu bedanken, daß ein Erfolg auf Saar und Mosel erzielt wurde. Hätte man den „Christlichen“ gefolgt, würde man heute noch vergebens auf eine Besserung der Verhältnisse hoffen. Auch das Eingreifen des Herrn Bürgermeister, der mit den Bergarbeitern fühlte und seine Vermittlung anbot, sei lobend hervorzuheben. Ferner müssen wir das Verhalten der Herren Gendarmen als ein musterwürdiges anerkennen, wie auch dasjenige der Streikenden. So kam es auch, daß bei diesem Streik nicht das geringste vorfam, im Gegensatz zu anderen Revieren.

wo man die Streikenden ritzte und so Unruhen entstanden. Jetzt heißt es für die Kameraden von Spittel und Merlenbach, die Zeit benutzt, agitiert und organisiert, und ihre Lage wird sich gemäß ihrer gewerkschaftlichen Stärke verbessern.

Zur Lohnbewegung der ober-schlesischen Bergarbeiter.

Die weiteren Antworten der ober-schlesischen Grubenbesitzer auf die Lohnbewegung der fünf Bergarbeiterorganisationen sind nicht nur dem Sinne nach, sondern inhaltlich so ausgefallen, wie wir es vorausgesagt haben; nur eine Antwort, diejenige des Herrn Pfister, Generaldirektor der Fürstlichen Gruben, neigt insofern von den anderen ab, als dieser mitteilt, daß die Verwaltung bereit ist, Lohnforderungen mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln.

Die Vertreter der fünf Bergarbeiterorganisationen haben am 18. März erneut Stellung zu den absehenden Antworten genommen und einstimmig beschlossen, an ihren Forderungen festzuhalten, die Verwaltungen zu veranlassen, die Lohnforderung durch die Arbeiterorganisationen erneut zu stellen und, da von einzelnen Werken tatsächliche Lohnaufbesserungen gemeldet wurden, teilweise Zulagen von 50 Pf. pro Schicht, soll zunächst noch abgewartet werden und weitere Beschlüsse vorbehalten bleiben.

Durch die gesamte Bergarbeiterbevölkerung geht eine tiefe Unzufriedenheit, Gewitterstimmung herrscht allenthalben, die Luft ist mit Elektrizität gesättigter und nur ein zündender Funke genügt, einen Vulkan in Brand zu setzen. In den zahlreichen, durchwegs überfüllten Versammlungen verlangen die Arbeiter — und nicht selten die Frauen noch mehr — die Genehmigung, sich sofort dem Streik anzuschließen zu dürfen und die Führer müssen als Bremser auftreten! Die Stimmung ist so beherzt, daß die Mehrheit der ober-schlesischen Tagespresse mit einem bestimmten Streikausbruch rechnet, falls die Grubenverwaltungen nicht noch rechtzeitig einlenken und Lohnzulagen bewilligen. Die Zentrums- und Unzufriedenheit auf das Konto der — sozialdemokratischen Presse geht. Gegen die ist alsbald ein Verbot erlassen, wie sie in Ober-schlesien herrschen und in denen allein der Grund der Unzufriedenheit liegt, wendet sich das fromme „Christenblatt“ nicht, nur gegen diejenigen, die diese Verhältnisse schonungslos brandmarken und Besserung verlangen, zieht es alle Schimpfblätter. In der ober-schlesischen Montanindustrie sind insgesamt 189 317 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, davon 117 977 im Steinlohlenbergbau, darunter 6033 weibliche; in den Zink- und Bleigruben 12 414, darunter 2687 Weiber; in Eisenerzgruben 1477, darunter 542 Frauen und Mädchen. Aber nicht allein auf den Gruben, sondern auch in den großen Güten- und Holzwerken werden noch zahlreiche Frauen und Mädchen beschäftigt, bei geradem Zehnerlohn.

Die Jahreslöhne in der ober-schlesischen Montanindustrie betragen für die einzelnen Arbeiterkategorien im Durchschnitt:

Table with 4 columns: Category (e.g., 1008 männliche über 16 Jahre), Lohn (Strohlohn- und Ergelohn), Eisen, Zink- und Bleigruben, and other categories.

Diese Lohnzahlen reden eine viel deutlichere und viel aufsehnendere Sprache, als der schlimmste sozialistische „Geher“ es fertig bringt, und sie würden allein genügen, die tiefgehende Unzufriedenheit voll auf zu rechtfertigen. Dazu kommt aber noch eine einfach empfindende Behandlung. Die meisten dieser armen Werkstätten wohnen in Werkstättenwohnungen, in „herrschaftlichen“ Häusern, denn ganze Dörfer gehören oft einem Magnaten. In Gohlis, einem Ort von über 3000 Einwohnern, gibt es nicht ein Privathaus, das ganz Dorf gehört bis zum letzten Schuppen dem edlen Grafen Schaffgotsch; Müda, ein großes Bergmannsdorf, gehört fast gänzlich dem Grafen Ballestrem. Den Bewohnern dieser „herrschaftlichen“ Häuser ist das Galt ein Verbot, die nicht die gräfliche Genehmigung erhalten, streng unterliegt. Jeder Zeiger hat einige Häuser zu beaufsichtigen und hält von Zeit zu Zeit genaue Revision ab, wobei alles nachgeprüft wird, als gäbe es polizeiliche Hausführung! Reisende dürfen ohne gräfliche Genehmigung diese Häuser nicht betreten, Flug- und Druckschriften nicht herein gebracht werden! Erkennungswörter im wahren Sinne!

Die Verbandstreiter wissen denn auch die Verleumdungen der „Christen“, daß sie die Bergarbeiter verheizen, entschieden zurück und mahnen die „Christen“, mit solchen Vorwürfen etwas vorsichtiger zu sein. Es, die „Christen“, und die Zentrums- und Unzufriedenheit seien selbst oft genug als Geher bezeichnend, selbst von den Feinden habe man gegen

die „Christlichen“ Geher gewittert. Sollte es in Ober-schlesien zum Streik kommen, tragen diejenigen allein die Schuld, welche die Arbeiter als wilden- und rechtlosen Sklaven behandeln.

Bergarbeiterstreik in Ober-schlesien.

Mehr als 10 000 ober-schlesische Bergarbeiter sind am 10. März in den Streik getreten. Im Ausland befinden sich die familiären Schächte der preussischen Staatsgrube Königin Luise bei Zabrze, die Friedensgrube, ein Teil der Beleggrube einer Ballastfremden Grube bei Neudorf, die familiären Schächte der Gewerkschaft Charlotta bei Czernik und zwar vollständig, und der Grube Trautgold bei in Katala mit Katalonien, weitere Grube gehört dem edlen Grafen v. Muffler, wird jedoch durch die Fürstliche Grubendirektion verwaltet. Die größte Zahl der Streikenden stellt die preussische Staatsgrube und von allen Antworten war nach diejenige des Pfisters und der Vorkommnisse Verwaltung am interessantesten. Sie behauptet, nicht in der Lage zu sein, mit der Organisation in Verhandlungen einzutreten zu können, da nach § 80c des preussischen Berggesetzes die Arbeiterorganisationen die alleinigen Vertretungen der Beleggruben seien. Die künftige Bergverwaltung könnte den Arbeiterorganisationen ihre gesetzlichen Aufgaben nicht entziehen, noch ihre Befugnisse schmälern, aber davon, daß die Arbeiterorganisationen schon zweimal vorzeitig geworden und zweimal abgewiesen worden sind, davon sagt die Direktion kein Wort. Die Vorkommnisse Grubenverwaltung befindet sich, daß auch nur ein Mittel, für ihre rechtliche Forderung zu stellen. Ihre Beleggrube lehne die fünf Verbände als Vertreter oder Vornund ab, sie bringe ihre Wünsche und Forderungen selbst bei der Verwaltung ein. Die Vorkommnisse Beleggruben stellten sich im höchsten Grade darüber selbstig, daß die Organisationen für sie eine Lohnaufbesserung fordern, und vor lauter Wut treten sie sogar in den Streik, ohne die Organisationen zu fragen!

Auf Charlotta und ebenfalls auf Trautgold wurden den Leuten am letzten Sonntag, am 18. März, erhebliche Mängel gemacht, weshalb diese völlig unorganisierten Beleggruben am Montag, den 18. März, kurzerhand nicht mehr anfuhrten. Einzelnen Leuten wurden auf Charlotta bis 20 Mk. vom Lohn gekürzt und auf Schwerden ihnen mitgeteilt, daß sie im September und Oktober zu hohe Lohnsummen ausgezahlt erhalten hätten. Anstatt Lohnzulage, Mängel — und genau so auf Trautgold, wenn auch nicht in dieser Höhe. Direktor Pfister, der in seinem Antwortschreiben die Arbeiterorganisationen als die Vertreter der Beleggrube bezeichnete und angab, mit diesen auch die Lohnfragen zu behandeln, ließ nach dem Streikausbruch den Arbeiterorganisationen zusammenkommen, um ihm kurz und bündig zu erklären, daß es bei den Lohnfragen sein Bewenden habe und daß kein Pfennig zugelegt werde. Darauf entließ er die Leute und sagte ihnen, sie sollten streiken bis die Kirchen blühen. — Wie berichtet wird, haben die Streikenden beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Verbandsnachrichten.

An die Vertrauensleute und Ortsverwaltungen! Bei dem Verlangen um Ausstellung von Duplikaten muß angegeben werden, wie weit und welche Beiträge (ob zu 50, 40, 30 Pf., auch Streikmarken) im alten Buch geklebt waren. Auch muß angegeben werden, wie viel und welche Unterstellungen das Mitglied bezogen hat. Außerdem ist es notwendig, daß der zuständige Bezirksleiter die Sache untersucht und die Richtigkeit der Angaben durch seine Unterschrift bestätigt. Bei jeder Stellung müssen 20 Pf. in Briefmarken mit eingeschickt werden. Die Bücher sind angeordnet, wenn vorliegendes nicht ausgeführt ist, kein Duplikat mehr auszustellen, weshalb wir ersuchen, dieses zu beachten.

Wegen Sperrbruch wurden die Mitglieder Andr. Jankowiak (Nr. 27 649) und Albert Petrovski (Nr. 78 289), beide in Düsseldorf sowie Emil Gertz (Nr. 82 008) wegen Schädigung des Verbandes, aus diesem ausgeschlossen.

Wichtig! Wer die Adresse des Kameraden Franz Maske (Nr. 103 286), zuletzt wohnhaft in Lutterbach (Elsch), angeben kann, wird gebeten, diese umgehend an Paul Buschmann in Mülhausen (Elsch), Dorfstraße 9, zu senden.

Merseburg. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der frühere Kassierer J. J. H. in Köthen nicht mehr berechtigt ist, Beiträge zu kassieren.

Adressenveränderungen

Schmidtsdorf. Der Vertrauensmann Eduard Straß wohnt ab 28. März in Schmidtsdorf, Almainstraße 25 I. Wesselsdorf. Der Vertrauensmann L. Deufert wohnt ab 1. April Heinrichstraße 8.

Bibliotheken.

Wennstedt h. Halle. Die Kameraden werden auf die Benutzung der Kreisartell-Bibliothek aufmerksam gemacht, welche jedem Mitgliede kostenlos zur Verfügung steht. Derselbe befindet sich beim Kameraden W. Porowski. Die Bücher müssen alle Monate getauscht werden.

Vollversammlung.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben: Wennstedt h. Halle. Vom 15. bis 31. März.

Krankeunterstützungszahlung. Unter Vorgebung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden: Wennstedt h. Halle. Jeden Sonntag vormittags von 9-12 Uhr in der Wohnung des Vertrauensmannes. Schmidtsdorf. Jeden Dienstag in der Wohnung des Vertrauensmannes G. G. G. Almainstr. 25 I.

Lotteriemarkten.

In folgenden Zahlstellen werden Lotteriemarkten geklebt: Wennstedt h. Halle. Den Kameraden zur Kenntnis, daß vom 1. März ab alle Monate eine Lotteriemarke zu 5 Pf. geklebt werden muß.

Krankeunterstützungsmarkten.

In folgenden Zahlstellen werden Krankeunterstützungsmarkten zu 10 Pf. geklebt: Halle. Im April.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Schmidtsdorf. Jeden ersten Mittwoch im Monat; Steuertag. Schmidtsdorf. Jeden letzten im Monat, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Reinhold Hof“. Unterwiesing. Jeden letzten Sonntag im Monat, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Hirschen“.

Jeden letzten Sonntag im Monat:

- List of meetings and events across various locations like Wennstedt, Schmidtsdorf, etc., including dates and times.

Advertisement for 'Für die Waiseier' (For the Orphan) featuring 'Sortiment Lieder' (Collection of Songs) and 'Die besten Waffen' (The best weapons) for life struggles.

Advertisement for 'Futterale' (Feed) and 'Gewerkschafts-Bibliothek' (Trade Union Library) with details on membership and book borrowing.

Advertisement for 'Bergarbeiter-Versammlungen' (Bergworkers Meetings) on Sunday, March 31, 1912, listing various locations and times.